

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 133 · 12. JAHRGANG · AUSGABE 2/2006 VOM 3. FEBRUAR 2006 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Keine »schwarze Kassen«
im Tierpark**
500.000 Euro Investitionen

7 | **Verstärkung für
die Montagsdemo**
Bürgermeister Schulz als Arbeitsloser

12 | **Wozu ist Wasser da?
Zum Geld verdienen!**
Veranstaltung der BKB/AfW

Willkür im Eberswalder Rathaus

Eberswalde (bbp). »Wie oft habe ich überlegt, an die Öffentlichkeit zu gehen oder mit dem Bürgermeister selbst zu sprechen«, heißt es in einem Brief, mit dem sich Hartwin Schulz, Diakon im Gemeindezentrum des Brandenburgischen Viertels in Eberswalde Ende November 2005 an den Vorsitzenden der Eberswalder StVV Friedhelm Boginski wandte. »Immer habe ich aber meine Kirche über die Vorgänge informiert. Heute bin ich so weit, mich an Sie zu wenden mit der Bitte um Hilfe. Diese Hilfe kann allein darin liegen, daß ich Sie um eine stärkere Kontrolle der Verwaltung bitte.« Warum dieser Brief? Was war geschehen?

1 Wie Hartwin Schulz schildert, fing alles im Frühjahr 1997 mit der Flugschau in Finow an (BBP 6 u. 7/1997). Er gehörte damals zu den Organisatoren der Proteste gegen den militärischen Teil der Flugschau. »Eberswalde ohne Armee« hieß damals der Slogan, der sich auf einen Kreistagsbeschluß von Anfang der 90er Jahre bezog. Einige Tage später wurde der damalige Kreisjugendwart von der städtischen Pressesprecherin Angelika Röder ins Rathaus gebeten. »Sie überbrachte mir die Nachricht des Bürgermeisters, daß wir kein Geld mehr für die Suppenküche

bekommen, wenn ich weiterhin gegen den Flugplatz bin (was ich ja nie war). Für dieses Gespräch habe ich leider keine Zeugen. Ich ahnte ja nicht, daß ich genau das Gleiche erleben werde, was ich auch vor 1989 erlebt hatte.«

In der gleichen Zeit berichtete ihm Pfarrer Walter Baaske über einen Satz des Bürgermeisters Schulz im damaligen Flugplatzzweckverband: »Der Bürgermeister hat gesagt – jeden, der gegen den Flugplatz ist, werde ich mir genau merken!«

2 Ähnliches gab es im Vorfeld der 750 Jahrfeier von Eberswalde im Jahr 2004. Zur Eröffnung war ursprünglich ein großes

Schützenfest auf dem Marktplatz geplant (BBP 2/2004). Hartwin Schulz hatte deutlich erkennen lassen, daß er dagegen sei und es sicher Proteste geben werde. »Während eines Gespräches in einer Abteilung des Rathauses wurde mir gesagt: (sinngemäß) Hartwin, ich soll dir sagen: Wenn du etwas unternimmst, dann hast du mit Schwierigkeiten zu rechnen. Da ich damals zu einem ganz anderen Thema in der Verwaltung war, hatte ich auch da keinen Zeugen bei.« Das Schützenfest wurde dann abgesagt. Vielleicht auch wegen der drohenden Proteste.

3 Im Mai 2005 hatten die Organisatoren der Montagsdemo, darunter Hartwin Schulz, mit dem ehemaligen Lehrer Herrn K. verabredet, daß die von ihm eingeladenen ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus der Ukraine zur Eberswalder Montagsdemo kommen sollten. Doch die Demonstranten auf dem Marktplatz warteten vergebens. »Wie der Alltag so spielt, verlor auch ich die Sache aus dem Auge, bis ich in diesem Monat Herrn K. auf der Straße traf. 'Herr Schulz', sagte er mir, 'habe ich Ihnen eigentlich erzählt, warum wir damals nicht auf der Demo waren?'« Herr K. erzählte, er habe damals einen Anruf vom ersten Beigeordneten der Stadt Lutz Landmann erhalten. Wenn Sie sich an der Montagsdemo beteiligen, sagte Landmann sinngemäß, dann bekommen Sie für Ihr Institut kein Geld mehr! »So, diesmal habe ich also nun einen Zeugen! Darum kann ich das jetzt alles einmal aufschreiben und überlegen an die Zeitung zu geben und es öffentlich machen.«

Es werde ja manchmal behauptet, »daß ich gegen die Stadt arbeite (O-Ton Frau Röder einmal am Telefon). Dafür gibt es überhaupt keinen Grund. Ist nicht meine Aufgabe hier im Brandenburgischen Viertel gerade das Beispiel, wieviel ich für meine Stadt tue?«

Er möchte nicht wissen, schließt Hartwin Schulz seinen Brief, »wie viele Gruppen, Vereine und Einzelpersonen ebenfalls so unter Druck gesetzt werden, wenn alleine ich schon drei Beispiele benennen kann! Ich muß daher vermuten, daß diese Art und Weise im Rathaus Methode hat.«

4 Letzteres kann der Redakteur der »Barnimer Bürgerpost« bestätigen: »Aus dem Stand fallen auch mir wenigstens 3 ähnliche Vorfälle ein, die unser unabhängiges Zeitungsprojekt betreffen. So wurde etwa Ende 2003 einem befreundeten Grafiker damit gedroht, daß er den Auftrag eines städtischen Tochterunternehmens verliere, falls er sich nicht von der Barnimer Bürgerpost distanziert. Ähnliche Drohungen, und diese gleich mehrfach, erhielt ein Mitglied des Trägervereins der Barnimer Bürgerpost. Im Vergleich dazu eher lächerlich zu nennen ist die Aktion im Herbst vorigen Jahres, als die Barnimer Bürgerpost für den Energieparcour der EWITA ein Jahresabo als Preis gespendet hatte. Wir hatten uns schon gewundert, wieso wir keine Information über den Gewinner erhielten. Wie wir jetzt erfuhren, wurde die Auslosung unseres Preises damals auf Betreiben der Verwaltungsspitze unterbunden. Dort sehe man es nicht gern, heißt es, wenn die Barnimer Bürgerpost in irgendeiner Weise in der Öffentlichkeit erwähnt werde. Nun hoffe ich allerdings, daß Willkür, Nötigung und Mißachtung von Gesetzen der Vergangenheit angehört und sich die verbliebene Verwaltungsspitze lernfähig zeigt.«



DIE NÄCHSTE MONTAGSDEMO IN EBERSWALDE

AM 13.2. UND FOLGEND ALLE 14 TAGE AUF DEM MARKTPLATZ. BEGINN DER KUNDGEBUNG IST UM 16.30 UHR

Bürgermeisterfreie Stadt

Die schöne Waldstadt Eberswalde ist berühmt für Ihre Erfindungen. Jeder kennt den Spritzkuchen, die Eberswalder Würstchen, neuerdings den Barni. Klammheimlich entwickelten die Eberswalder nun eine ganz große Sache: Seit kurzem ist Eberswalde die erste bürgermeisterfreie Stadt Brandenburgs.

Zu Beginn dieser komplizierten Schöpfung verbündeten sich Bürger und Abgeordnete, um die ungeliebte Bauordnung zu unterlaufen. Warum eine Ablöse für nicht gebaute Stellplätze bezahlen, wie es die Bauordnung vorschreibt? Hier in der Provinz machen wir das anders, sagte man sich, und erließ den großen Investoren diese Zahlungen. Der Bürgermeister konnte gar nicht anders, als den festen Willen seiner Bürger und Abgeordneten mit seiner Unterschrift zu bekräftigen. Dafür hat ihn nun die deutsche Justiz nach langen zähen Verhandlungen zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Wo gibt's den so was, alle sind vor dem Gesetz gleich und der Staat muß seine Gelder auch eintreiben. Nach seiner Verurteilung darf der Meister nun nicht mehr bürgermeistern, wie der Landrat schrieb.

Hier setzt die Sturheit der Eberswalder ein. Machte der Bürgermeister doch alles so, wie sie wollten. Warum dann einen neuen wählen? Wie kommen wir denn dazu? Die verbohrtten Eberswalder warten lieber bis die Revision durch oder die Sache im Sande verlaufen ist. Jedenfalls gibt es jetzt und auf absehbare Zeit keinen Bürgermeister. Dadurch ist Eberswalde unbemerkt zur bürgermeisterfreien Stadt geworden.

Die bürgermeisterfreie Stadt hat ungeahnte Vorteile und spart auch Kosten. Zumindest die Ausgaben für den Bürgermeister reduzieren sich bis auf weiteres. Disziplinarmaßnahmen, Versammlungen, Pressemitteilungen und selbst das Wort zum Sonntag erübrigen sich. Ganz langsam und im Verborgenen verbreitet sich die frohe Kunde. Die Mitarbeiter in der Stadtverwaltung fühlen sich ohne Bürgermeister besonders wohl. Ohne ihren Chef können sie endlich mal machen, was sie wollen. Die Abgeordneten und die Bürger sind auch ganz entspannt, weil sie sich nicht wegen eines neuen Bürgermeisters, der ohnehin nicht viel ändern kann, streiten müssen. Ganz nebenbei hat man auch der großen Obrigkeit ein Schnippchen geschlagen. In Eberswalde gelten eben nicht alle Verordnungen und schon gar nicht unmittelbar. Was das Landesgericht und der Landrat so wollen, machen die Eberswalder schon lange nicht. Ein Hauch von Anarchie liegt in der Luft. Aber Vorsicht! Nur nicht an die große Glocke hängen, sonst beschäftigen sich die übergeordneten Bürokratien mit dem Fall. Davor steht aber die Wahlordnung. Nur Mut und weiter durchhalten. Mit ein bißchen Renitenz kann die bürgermeisterfreie Stadt durchaus zwei bis drei Jahre bestehen bleiben und sich als Beispiel für andere Städte entwickeln.

RED MARUD

Eberswalde soll im Klima-Bündnis bleiben

Initiative will die 250 Euro für den Mitgliedsbeitrag der Stadt spenden

Verehrte Stadtverordnete, sehr geehrter Herr (amtierender) Bürgermeister, mit Unverständnis haben wir Ihre Entscheidung über den Austritt der Stadt Eberswalde aus dem Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder (Alianza del Clima e.V.) zur Kenntnis genommen.

Diese Entscheidung ist für uns nicht zu verstehen, weil die sich aus der Mitgliedschaft im Klima-Bündnis für die Stadt ergebenden Selbstverpflichtungen doch in vielen Bereichen praktisch umgesetzt werden. So wurden ein Klimaschutzbericht sowie ein Maßnahmenplan zum Klimaschutz erarbeitet, es läuft ein Lokale Agenda 21-Prozess, die Kommune ist bei den Projekten »BARUM 111« involviert, fördert die Aktivitäten des Vereins Energieparkontor Barnim e.V. und trägt nicht zuletzt über ihr Tochterunternehmen WHG aktiv zum Einsatz regenerativer Energien, insbesondere der Solarenergie, bei.

Verwundert hat uns, daß in der Beschlusvorlage die Haushaltskonsolidierung als

Begründung für den Austritt angegeben wird. Die Vorstellung, eine Einsparung des Jahresmitgliedsbeitrages in Höhe von 250 Euro könne den Haushalt konsolidieren, ist absurd.

Angesichts der weltweiten Klimabedrohung ist der Austritt aus diesem inzwischen mehr als 10.000 europäische Kommunen umfassenden Bündnis ein falsches Signal. Der Image-Schaden für die Stadt Eberswalde steht in keinem Verhältnis zu dem eingesparten Geld. Gleichzeitig schadet der Austritt den lokalen Initiativen zum Klimaschutz.

Wir bitten Sie daher, die Kündigung der Mitgliedschaft im Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder (Alianza del Clima e.V.) zurückzunehmen und erklären uns bereit, der Stadt den Mitgliedsbeitrag als zweckgebundene Spende zur Verfügung zu stellen.

AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim
Energiesparkontor Barnim e.V.
Bündnis 90/Die Grünen Eberswalde
Lokale Agenda 21 Eberswalde e.V.

Gewinnziehung bewußt verhindert?

Unter der Überschrift »EWITA-Nachlese« informierten wir im November über die Gewinnziehung der Preise des Energieparcours. Ziel des Preisausschreibens war, den EWITA-Besuchern die Energieregion Barnim-Uckermark näher zu bringen, wobei die erneuerbaren Energien eine besondere Rolle spielten. Wie berichtet gehörte auch ein Jahresabo der »Barnimer Bürgerpost« zu den lukrativen Preisen, die für die Verlosung Ende September im Wald-Solar-Heim zur Verfügung standen. Das Versprechen, den Gewinner des Jahresabos bekannt zu geben, können wir leider nicht einlösen. Auf die entsprechende Nachfrage gab es bisher keine offizielle Antwort.

Allerdings erreichten die Redaktion auf anderem Wege Informationen, wonach die Aus-

losung des BBP-Abos auf Betreiben der Eberswalder Stadtverwaltung unterblieben sein soll. Die Verwaltungsspitze habe verhindern wollen, daß der Name »Barnimer Bürgerpost« in der lokalen Tagespresse erwähnt wird.

Als Redakteur der »Barnimer Bürgerpost« hielt ich diese Version zunächst für wenig glaubhaft. Ich ging weiterhin davon aus, daß es sich ein Versehen handelte, daß die »Barnimer Bürgerpost«, in der das Thema Erneuerbare Energien seit Gründung des Arbeitskreises »Alternative Energien Eberswalde« vor fast zehn Jahren immer eine wichtige Rolle spielte, nicht berücksichtigt wurde. Die jüngsten Informationen (vgl. Seite 1) lassen nun aber doch den Schluß zu, daß die Vorwürfe stimmen.

GERD MARKMANN, Redakteur der BBP

Bündnis für den Frieden

Eberswalde (bbp). Das Eberswalder Bündnis für den Frieden kam am 20. Januar zusammen, um über neue Aktivitäten zu beraten. Zum Jahrestag des Beginns des Irakkrieges soll es eine Podiumsdiskussion zur Situation in Nahost geben. Dabei werden auch die jüngsten Äußerungen des französischen Präsidenten zum Kernwaffeneinsatz und des ex-Kriegsministers der BRD Rupert Scholz zur Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen eine Rolle spielen.

Barnimer Kulturpreis

Anläßlich eines Konzertes in der Dorfkirche Prennden haben Bündnis 90/Die Grünen am 29. Januar den Barnimer Kulturpreis 2005 an den Förderverein Dorfkirche Prennden e.V. verliehen. Der von den bündnisgrünen Kreistagsabgeordneten gestiftete Preis in Höhe von 750 Euro wurde von dem Kreistagsabgeordneten Prof. Johannes Creutziger und dem Sprecher des Kreisverbandes von Grüne/B90, Karl-Dietrich Laffin, überreicht.

THORSTEN KLEINTEICH

JE FETTER DIE FÖRDERTÖPFLE, UMSO STÄRKER GRASSIERT DAS SPATENSTICH-SYNDROM UNTER STADTVÄTERN UND LANDESPOLITIKERN. GROßE PROJEKTE MACHEN GROßE SCHLAGZEILEN. WER BAUT, DER HANDELT. WER BAUT, DER TUT ETWAS FÜR DIE ZUKUNFT.

RALF GRAUEL (in »Große Männer, große Haufen«, Brandeins 01/05)

Dienstaufsichtsbeschwerden

Eberswalde (bbp). Wegen seinem Auftritt auf dem Neujahrsempfang der Stadt Eberswalde wird der inzwischen suspendierte Eberswalder Bürgermeister Reinhard Schulz nun auch noch mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde konfrontiert. Diese wurde von der Fraktion Allianz freier Wähler (AfW) eingereicht, die diesen »Affront gegen die Stadtverordneten« nicht widerspruchslos hinnehmen will.

Wegen der gleichen Sache muß sich auch der amtierende Bürgermeister Lutz Landmann rechtfertigen. Der Finower Ortsbürgermeister Albrecht Triller wirft ihm vor, »daß er sich über seine Pflichten als amtierender Bürgermeister auch nach der schon geführten öffentlichen Debatte um

den Auftritt von Bürgermeister Schulz beim Neujahrsempfang nicht hinreichend im klaren ist. Es kann nicht sein, daß er dem wegen des laufenden Prozesses beurlaubten Bürgermeisters Schulz die Amtsgeschäfte überläßt und dieser die Stadt Eberswalde repräsentiert. Es war gerade das Anliegen der Stadtverordnetenversammlung, Bürgermeister Schulz bis zum Ende seines Prozesses vom Dienst freizustellen. Herr Landmann hat der Stadt damit weiteren Imageschaden zugefügt und seinen Dienstherren brüskiert.«

Letzterer wird die Dienstaufsichtsbeschwerden im nichtöffentlichen Teil der nächsten StVV-Sitzung diskutieren, die am 23. Februar in der Feuerwache in Finow stattfinden wird.

Bündnis 90/Die Grünen: Hängepartie beenden

Das seit Jahren schwebende Verfahren gegen Bürgermeister Reinhard Schulz sowie der gerade zu Ende gegangene Prozeß haben dem Ansehen Eberswaldes erheblich geschadet. Eine Verlängerung des seit Oktober anhaltenden Schwebezustandes auf unabsehbare Zeit und mit ungewissem Ausgang wäre zum weiteren Nachteil für die Stadt. Daher plädieren Bündnis 90/Die Grünen dafür, den Weg für Neuwahlen frei zu machen.

Reinhard Schulz sollte im Interesse der Stadt und ihrer Bürger der Wahl eines neuen Bürgermeisters nicht im Wege stehen.

REGINE SATZER,

Sprecherin des Kreisverbandes Barnim

Keine »schwarzen Kassen« im Tierpark

Eberswalde (bbp). Im Januar 2005 kündigte Direktor Dr. Bernd Hensch an, daß er im Tierpark Eberswalde im Jahr 2005 Investitionen in Höhe von 510.000 Euro vornehmen werde (MOZ, 13.1.2005). Neben der Sanierung des Sozialgebäudes für die 35 Mitarbeiter, für die 200.000 Euro veranschlagt wurden, sollten 100.000 Euro für neue Gehege der Kamele und Yaks investiert werden, um Platz für eine neue Tigeranlage zu schaffen. Weitere 200.000 Euro plante Hensch für den Spielplatz ein, mit dem für den Familiengarten erworben werden soll. Die Arbeiten waren damals, wie ein MOZ-Foto zeigte, schon weit vorangeschritten. Schließlich sollte mit 10.000 Euro die Wildschweinanlage saniert werden.

Bekanntermaßen handelt es sich beim Tierpark um eine Einrichtung der Stadt Eberswalde, die dementsprechend über den Haushalt der Stadt finanziert wird. Der Haushalt für das Jahr 2005 wurde von den Stadtverordneten erst im Juni beschlossen, also ein halbes Jahr nach den Presseberichten über die Investitionsplanungen des Tierparkchefs. Doch von den im Januar angekündigten 510.000 Euro findet sich kein einziger im Haushaltsplan wie-

der. Im Vermögenshaushalt kommt der Tierpark (HH-Gliederung 32 300) nicht vor. Auch das Investitionsprogramm der Stadt enthält keine der von Dr. Hensch geplanten Maßnahmen. Auch beim Blick in den Verwaltungshaushalt, Fehlanzeige: Sowohl bei Spenden als auch bei der Spendenverwendung prangt die »0« im Plan.

Dennoch kam pünktlich zum Jahresende die Bilanz. Wie das lokale Tageblatt am 14.12.2005 berichtete, »investierte Hensch dank des hohen Spendenaufkommens 500.000 Euro, um Anlagen auf Vordermann zu bringen.«

Der Vermutung, es könnten »schwarze Kassen« im Spiel sein, tritt Dr. Hensch energisch entgegen. Zum einen handle es sich bei den investierten Mitteln um Zahlungen aus der Erbschaft in Höhe von 425.000 Euro, die ein Berliner Forstmann zugunsten des Eberswalder Tierparks hinterließ. Die daraus bezahlten Rechnungen seien alle vom Rechnungsprüfungsamt der Stadt geprüft worden. Allerdings liefen die Zahlungen nicht über den städtischen Haushalt, sondern würden direkt vom Treuhänder, der die Erbschaft verwaltet, getätigt. Die Mittel aus der Erbschaft seien vor-

allem in die Sanierung des Sozialgebäudes geflossen, die laut MOZ am Ende 270.000 Euro kostete. Die übrigen Investitionen seien durch Spenden realisiert worden, die jedoch ebenfalls nicht über den städtischen Haushalt abgerechnet wurden. Hierfür sei der seit Jahren bestehende Tierpark-Förderverein wieder reaktiviert worden.

Die unten stehende Tabelle war bereits vor einem Jahr in der Barnimer Bürgerpost veröffentlicht worden (BBP 1/2005) enthält aber die aktualisierten Zahlen von 2004 und 2005. Dr. Hensch verwies im Zusammenhang mit seinen Informationen zu den aktuellen Zahlen ausdrücklich auf seine Schreiben an die städtische Kämmerei, in denen er erklärt hatte, daß die für 2004 und 2005 geplanten Einnahmen (jeweils 950.000 Euro) nicht realisierbar seien. Als Grund nannte er in den Schreiben, daß seine Forderungen nach Eintrittspreiserhöhungen 2004 unberücksichtigt blieben und 2005 nur zum Teil und erst ab Ostern wirksam wurden. Im Haushaltsplan 2006 sind Einnahmen aus Eintrittsgeldern in Höhe von 850.000 Euro vorgesehen. Der städtische Zuschuß laut Haushaltsplan 2006 liegt bei 849.300 Euro.

Übersicht Bewirtschaftung Tierpark

Jahr	Besucher	Eintritt	Einnahmen		Personalstellen	Ausgaben				städt. Zuschuß		
			sonst. Einn.	gesamt		Pers.kost.	Futter	Heiz./Energ.	sonst. Kost.	gesamt	Plan	Ist
1995	207.046	308.518,22	149.705,56	458.223,78	27,76	712.457,33	58.194,58	70.608,89	236.273,10	1.077.533,90	-604.960,55	-619.310,11
1996	201.269	291.732,92	63.851,30	355.584,22	27,76	746.557,19	71.378,98	83.880,30	203.764,73	1.105.581,20	-593.251,97	-749.996,98
1997	207.755	302.238,95	95.793,21	398.032,16	27,88	773.109,57	61.318,19	83.690,14	207.072,81	1.125.190,72	-699.089,39	-727.158,56
1998	242.371	357.068,87	168.711,44	525.780,30	28,03	837.185,48	69.637,48	143.879,24	319.878,63	1.370.580,83	-817.862,49	-844.800,53
1999	274.431	660.557,41	148.064,85	808.622,26	28,38	872.717,40	71.511,39	123.430,87	306.246,01	1.373.905,68	-619.634,63	-565.283,42
2000	295.547	817.280,95	229.190,66	1.046.471,61	32,88	1.075.407,42	70.878,62	125.124,14	339.751,51	1.611.161,70	-679.967,07	-564.690,09
2001	217.368	581.958,40	200.764,38	782.722,78	34,12	1.123.317,88	81.067,36	141.458,28	335.207,82	1.681.051,34	-633.950,80	-898.328,56
2002	243.887	797.983,78	185.117,90	983.101,68	33,12	1.190.163,39	75.438,87	152.867,63	367.925,30	1.786.395,19	-501.000,00	-803.293,51
2003	264.132	799.567,70	236.251,79	1.035.819,49	33,12	1.225.316,16	70.058,97	156.391,48	376.972,24	1.828.738,85	-561.800,00	-792.919,36
2004	260.072	756.696,30	140.091,24	896.787,54	32,13	1.230.942,39	80.164,10	154.934,10	358.805,29	1.824.845,88	-687.200,00	-928.058,34
2005	268.404	868.057,50	k.A. ca.	1.010.000,00	k.A.	1.159.931,58	76.683,25	159.059,00	k.A. ca.	1.755.000,00	-694.900,00	-745.000,00

2005 z.T. keine Angaben, weil der Jahresabschluß noch nicht vorliegt. Gesamteinnahmen, -ausgaben und Ist-Zuschuß sind daher geschätzt. 2005 hatte der Tierpark 26 Voll- und 15 Teilzeitbeschäftigte. Zu berücksichtigen ist, daß ab dem Jahr 2000 die Märchenvilla in den Tierpark integriert wurde. 1999 hatte die Märchenvilla 5,2 Stellen, die Personalkosten in Höhe von 207.000 Euro verursachten. Der städtische Zuschuß betrug 1999 für die Märchenvilla 183.741,62 Euro.

Quelle: Stadtverwaltung

Frischer Wind

Über Tote soll man nichts Schlechtes sagen, heißt es. Das gilt auch für politische Leichen. Die politische Uhr für den Eberswalder Bürgermeister Reinhard Schulz ist abgelaufen. Soll er in Frieden ruhen. Doch der Deckel des Topfes, in dem Schulz und seine Freunde jahrelang ihr Süppchen kochten, öffnete sich nur einen Spalt und schon verbreitete sich der unerträglicher Gestank von Willkür und Machtarroganz. Ob die Pietät vor dem Kadaver verhindert, daß der Deckel ganz weggestoßen und in der Suppe gründlich herumgerührt wird? Zweifel sind angebracht. Es gibt genügend Leute außerhalb des Schulzschen Klientels ...

Ein reinigendes Gewitter täte der demokratischen Kultur in der Stadt nicht schlecht. Die selbstherrliche Ignoranz gegenüber Demokratie und Gesetz, die Schulz naiv-unschuldig sogar ganz offen vor dem Gericht zelebrierte, erscheint als Gewohnheit. Den jetzt Verantwortlichen im Rathaus sollte geholfen werden, von dieser Gewohnheit loszukommen und neu zu erlernen, daß sich Verwaltungen an Gesetze zu halten haben. Um frische Luft ins Rathaus zu bekommen, muß aber wohl oder übel die stinkende Brühe ausgekippt werden.

Die Schaffung eines transparenten demokratischen Klimas in der Stadt kann aber nur der erste Schritt sein. Als notwendige Voraussetzung, um auch das politische Scheitern des Bürgermeisters gründlich analysieren und offen diskutieren und auf dieser Grundlage eine neue Perspektive für Eberswalde entwickeln zu können. Für eine solche Analyse hab die »Barnimer Bürgerpost« in der Vergangenheit zahlreiche Anregungen geliefert. Schon vor fünf Jahren hieß es unter der Überschrift »Gescheiterte Politik« (BBP 5/2000):

Viel bitterer als die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wird für Reinhard Schulz das Eingeständnis sein, daß er als Bürgermeister politisch gescheitert ist. Mit drei Großprojekten wollte er die Eberswalder Probleme lösen. Das Flugplatzprojekt hat inzwischen den zu erwartenden Schiffbruch erlitten. Und auch die beiden anderen Projekte, der Binnenhafen und die Finowkanalsanierung werden entgegen des öffentlichen Jubels kaum die gewünschten Ergebnisse bringen. Vielmehr wird die Stadtkasse langjährig Defizite auszugleichen haben.

Das Konzept, die Wirtschaftsentwicklung mit Hilfe betonierter Infrastrukturen aufbauen zu wollen, stammt aus den 50er und 60er Jahren. Die gewaltige Explosion der Produktivkräfte seit Anfang der 70er Jahre haben zu anderen Bedingungen geführt. Der »reale Sozialismus« scheiterte daran. In der Wende euphorie mit der durchaus vorhandenen Notwendigkeit, einiges in der Infrastrukturentwicklung nachzuholen, ging unter, daß auch der Realkapitalismus seine Probleme mit den Veränderungen hat.

Nur vor diesem Hintergrund sind die politischen Krisen in der Stadt Eberswalde zu begreifen...

GERD MARKMANN

Offener Brief an die Eberswalder Stadtverordneten

Mit Ihrem Beschluß am 19. Januar 2006 in der Stadtverordnetenversammlung haben Sie das Aus für die Oberschule Westend beschlossen. Und damit auch das Aus für das bundesweit einzige *Kooperative Integrationsmodell*, auf das Sie eigentlich stolz sein müßten und das weit über die eigenen Stadtgrenzen hinaus Interesse und Anerkennung gefunden hat.

Das Modell ist das Eine, die behinderten Schülerinnen und Schüler sind für mich aber das Wichtigere. Sie sind durch Ihre Entscheidung die eigentlichen Verlierer!

Ich rede hier von den ca. 50 hörgeschädigten, den lernbehindert hörgeschädigten und den körperbehinderten Schülerinnen und Schülern. Sie haben am gesamten Schulstandort Westend die Möglichkeit, unter Beachtung des Integrationsgedanken barrierefrei zu lernen. Viel Geld wurde eingesetzt, um das zu ermöglichen. Dieses *Kooperative Integrationsmodell* läßt sich nicht wie ein Gegenstand einpacken, zu einem anderen Standort tragen, dort wieder auspacken und nahtlos weitermachen. Die neuen Bedingungen, neue örtliche Gegebenheiten müssen insbesondere von den hörgeschädigten Schülerinnen und Schülern erst wieder angenommen werden. Diese Schülerinnen und Schüler haben es viel schwerer, sich wieder neu zu orientieren, als es bei anderen Schülerinnen und Schülern der Fall ist.

Bei Ihrer Entscheidung haben Sie das Wohl der behinderten Kinder außer Acht gelassen. Hat doch gerade die Landesregierung in ihrem Bericht für Familien- und Kinderfreundlichkeit in unserem Land festgestellt, daß gute und gleiche Bildungschancen unter anderem als individuelle Lebens- und Entwicklungschancen aller Kinder zu sehen sind. Die Lernbedingungen und Entwicklungschancen werden sich insbesondere für die hörgeschädigten Schülerinnen und Schüler verschlechtern, wenn ein gemeinsamer Schulstandort, an dem auch Schüler mit

sozialen und emotionalen Störungen beschult werden, gewählt wird. Natürlich haben Schüler mit sozialen und emotionalen Störungen auch den Anspruch optimale Lernbedingungen zu erfahren, aber hörbehinderte Kinder und Schüler mit sozialen und emotionalen Störungen sind in ihrem Förderbedarf zu unterschiedlich. Hörbehinderte Menschen haben große Schwierigkeiten in der Kommunikation, die dort verstärkt werden würden. Auf Grund dessen fühlen sie sich oft unverstanden. Die Entwicklung dieser Kinder wird negativ beeinflusst, in dem sich die Kinder zurückziehen (isolieren) oder ihr »nicht verstanden werden« bzw. »nicht verstehen«, sich in Aggressionen umschlägt.

Ich weiß nicht, ob Sie diese spezielle Problematik verantwortungsvoll bei Ihrer Entscheidung mit berücksichtigt haben. Sie haben am 14.12.2005 beschlossen, alle weiterführenden Schulen in die Trägerschaft des Landkreises zu überführen. Im Januar 2006 beschließen Sie, die Oberschule Westend nicht mehr am Ü7-Verfahren teilnehmen zu lassen. Ich weise daraufhin, daß Sie mit dem zuletzt gefaßten Beschluß, den Landkreis in seiner Entscheidungsmöglichkeit einengen.

Meine Bitte an Sie, sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete, ist, Ihre Entscheidung noch einmal gründlich zu überdenken und den Beschluß zurückzunehmen. Die chancengleiche Entwicklung unserer behinderten Kinder muß im Vordergrund Ihrer Entscheidung stehen.

Sie haben meines Erachtens behindertenpolitisch eine falsche Entscheidung getroffen. Nach 15 Jahren aktiver Behindertenpolitik in der Stadt Eberswalde macht mich das natürlich ganz persönlich betroffen.

INGEBORG KOLODZEIKE,
behindertenpolitische Sprecherin
der Linkspartei.PDS im Landtag Brandenburg

In einer siebenteiligen Folge veröffentlichte die »Barnimer Bürgerpost« zwischen November 2002 und Mai 2003 eine gründliche Analyse der Politik des Eberswalder Bürgermeisters, für die die Bürgerinitiative »25. Juni« verantwortlich zeichnete. Diese Analyse ist unter dem Titel »Der Versuch einer Bilanz – Die Bilanz eines Versuches. Acht Jahre Bürgermeister Reinhard Schulz« auch als Broschüre erschienen. In der Jubelstimmung zwischen Landesgartenschau und 750-Jahr-Feier nahmen allerdings nur wenige Notiz von dieser Kritik. Für die jetzt notwendige Aufarbeitung der vergangenen Ära kann diese Broschüre hilfreich sein. Zumal ein paar Visionen für die zukünftige Entwicklung der Stadt zumindest angerissen werden. Die alten Visionen, mit denen Bürgermeister Schulz vor 10 Jahren antrat, sind gescheitert. Nun müssen neue her.

Bestellungen an: Barnimer Bürgerpost, Lehnitzsee-
straße 3, 16227 Eberswalde,
Tel. 03334/356542, Fax: 01805/751112596,
eMail: bbp@telta.de
Preis: 1 Euro (incl. Zustellung)

Bürgerinitiative 25. Juni

Der Versuch einer
Bilanz

Die Bilanz eines Versuches
Acht Jahre Bürgermeister Reinhard Schulz

In der Bananenrepublik Eberswalde

Der alter Bremer Kaufmannspruch: »Der Fisch fängt immer am Kopf an zu stinken«, trifft auf die Eberswalder Verwaltung im Rathaus voll zu. Der vom Dienst suspendierte Bürgermeister Schulz stand an der Spitze der Verwaltung. Das Landgericht Potsdam urteilte über Schulz und erkannte auf Bestechlichkeit und Untreue.

Es begann mit einer schnellen Tischvorlage des Bürgermeisters Schulz an die Stadtverordneten. Zur Entscheidung stand ein 3,25 Mio DM Darlehen zugunsten des Freundes und Flughafenentwicklers Bepo. Das Darlehen war zinslos und durch nichts besichert, nur getragen von der Vision des Josef »Bepo« Brandstetter, einen Flughafen in Finow bauen zu wollen. Für das viele Geld bedurfte es der Zustimmung der Stadtverordneten. Die Verwaltungsspitze im Rathaus und eine Mehrheit der Stadtverordneten waren offenbar, mangels eigener geistiger Beweglichkeit, sehr angetan vom Darlehen und vom Visionär Bepo.

Der große Flughafen mit den vielen Millionen Passagieren und den tausenden Arbeitsplätzen winkte in der Ferne. In Bepo's Taschen floß das städtische Geld und schon 2 Tage später war es »schenkweise« bei seiner Ehefrau im Portemonnaie. Die Millionen hat die Stadt nie wieder gesehen. Josef Brandstetter wird jetzt

mit Haftbefehl gesucht und seine Flughafenvisionen erwiesen sich als Luftnummer, nur noch tauglich für den Eberswalder Karneval.

Als dann noch auf wunderbare Weise 30.000 DM auf ein Schulz-Konto für angebliche »Optionsgeschäfte« flossen und die Stellplatzablässe für das Wohn- und Geschäftshaus Eva Brandstetter erlassen wurde, sind wir folgerichtig in der Bananenrepublik Eberswalde angekommen.

In's Bild passen auch die Äußerungen des Beigeordneten, Herrn Birk, gegenüber dem Ortsbürgermeister von Finow, Herrn Triller. Dieser wollte einen Raum für eine Bürgerversammlung anmieten. »Falls es um ein Bürgergehren zur Abwahl des Bürgermeisters gehen soll, wird die Stadt dafür keinen Raum zur Verfügung stellen, so Birk.«.

Albrecht Triller ist ein geachteter Bürger der Stadt. Er wurde von den Finower Bürgern gewählt und ist in keiner Weise über seine inhaltlichen Belange dem Beigeordneten Birk rechenschaftspflichtig.

Die Abwahl des Bürgermeisters ist ein demokratischer Vorgang und in Eberswalde lange überfällig. Der vom Dienst suspendierte Bürgermeister Schulz gehört von den Bürgern abgewählt, ohne »Wenn und Aber«.

THOMAS GILLES

»Keine Bildung ohne Bus und Bahn«

Auf Einladung der Brandenburger Unternehmensgemeinschaft (BUG) und mit Unterstützung des Ministeriums für Bildung/Jugend und Sport fand am 19. Januar 2006 eine Tagung unter dem Thema »Keine Bildung ohne Bus und Bahn« in Potsdam statt.

Die demografische Entwicklung im Land Brandenburg hat zu einem 50%igen Rückgang der Schülerzahlen geführt. Der Tiefpunkt bei den Schülerzahlen wird in den Schuljahren 06/07 und 07/08 erreicht. In Folge dieser Entwicklung wurden Schulstandorte geschlossen, weitere Schließungen sind geplant. Der Anteil der Schüler, welche den Schulweg mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurücklegen, wächst kontinuierlich an. Aber auch die Entfernungen, die die Schüler in den Bussen und Bahnen zurücklegen, sind ständig gestiegen.

Im Rahmen der Veranstaltung wurde versucht, die Zusammenhänge und die Notwendigkeit der Abstimmung zwischen den einzelnen Partnern bei der Schülerbeförderung, wie zum Beispiel bei den Schulanfangszeiten, darzustellen. Es wurden aber auch Aspekte der Sicherheit bei der Beförderung dargestellt. Nach wie vor sind die öffentlichen Verkehrsmittel die sicherste Art, den Schulweg zu bewältigen. Trotz der guten Werte in der Unfallstatistik unterstützen die Verkehrsunternehmen das Projekt Busschule der Unfallkasse Brandenburg, welches die Risiken bei der Busbeförderung

und das richtige Verhalten vermittelt. Die Verkehrsunternehmen, die ein gemeinsames Qualitätsmanagement-System betreiben, schulen ihr Fahrpersonal jährlich und führen Fahrtsicherheitstrainings durch. Die Verkehrsunternehmen zeigten das Spannungsfeld auf, in dem sie stecken. Zum einen steigt der Aufwand durch die längeren Strecken bei Schließung von Schulstandorten und auch die Energiepreisentwicklung führt zur Aufwandssteigerung. Andererseits gehen durch die pauschale Reduzierung der Ausgleichszahlung des Bundes die Einnahmen zurück.

Die Elternbeiräte wiesen besonders auf sehr unterschiedliche Elternbeiträge in den Landkreisen und kreisfreien Städten hin. Hierin wird eine Ungleichbehandlung der einzelnen Eltern gesehen und es wird landesweit eine einheitliche Regelung gefordert. Wenn der Anteil der zu befördernden Schüler kontinuierlich steigt, darf es keine weiteren Kürzungen bei den finanziellen Mitteln geben.

Die Tagung machte klar, daß die Sicherung der Qualität und des derzeitigen Standes der Schülerbeförderung nur bei Abstimmung und gegenseitigen Verständnis aller Beteiligten möglich ist. Weitere Einschnitte in die Finanzierung, wie die von der Bundesregierung geplanten Kürzungen der Regionalisierungsmittel, kann das System nicht mehr verkraften.

Pressemitteilung der Barnimer Busgesellschaft

»Bürgerstimme« der AfW

Eberswalde (bbp). »Die Bürgerstimme« heißt ein neues »Informationsblatt für Bürgerinitiativen im Land Brandenburg«, das von der der Brandenburgischen »Allianz freier Wähler« (AfW) herausgegeben wird. Die erste Ausgabe der »Bürgerstimme« erschien Ende 2005.

Die AfW war im Zuge der Landtagswahl 2004 als landesweite Wählervereinigung von 45 brandenburgischen Bürgerinitiativen entstanden. Die AfW schaffte es, in 39 der 44 Wahlkreise eigene Direktkandidaten aufzustellen. Der Einzug ins Landesparlament wurde im ersten Anlauf verpaßt, die einzelnen Initiativen hingegen sind zum Teil schon seit den 90er Jahren in den Kommunalvertretungen der Gemeinden und Landkreise präsent, wie z.B. im Barnim die Bürgergemeinschaft Kommunalabgaben Barnim (BKB), die gemeinsam mit anderen Bürgerinitiativen den Sprung in den Kreistag und in die Gemeindevertretungen von Finowfurt und Eberswalde schaffte.

Um die Verbindung zur landesweiten Wählervereinigung zu dokumentieren benannte sich die Fraktion BKB/Freie Wähler der StVV Eberswalde unlängst in Allianz freie Wähler (AfW) um. Zugleich gründete sich der Kreisverband AfW Barnim. »Das dient der Vorbereitung der kommenden Landtagswahl, zu der wir wieder antreten wollen«, sagte der AfW-Fraktionsvorsitzende Dr. Günther Spangenberg. »Im Unterschied zu 2004 soll diesmal der Begriff AfW der Bevölkerung rechtzeitig bekannt sein.«

Auch die Initiative zur »Bürgerstimme« ging von Eberswalde aus. »Das Informationsblatt«, so Dr. Spangenberg, »soll die Verbindung zwischen den einzelnen Gliedern der landesweiten Allianz freier Wähler verbessern.« Waren in der ersten Ausgabe noch ausschließlich Beiträge aus dem Barnim erschienen, meldeten sich in der zweiten Ausgabe vom Januar mit der landesweiten »Bürgerinitiative zum Schutz der Rentner«, dem Luckenwalder Komitee für Gerechtigkeit und der BI »Funkmastenwald Heidesee – Nein Danke« drei Basisorganisationen der AfW zu Wort.

Bezogen werden kann »Die Bürgerstimme« über Dr. Günther Spangenberg (Tälweg 8, 16225 Eberswalde, Tel. 03334/237645, Fax: 03334/237664, eMail: elaho@telta.de).

Kitabedarfsplan

Eberswalde (bbp). Der Ausschuß für Kita und Schule der StVV Eberswalde berät am 8. Februar über den Kitabedarfsplan 2006/07 bis 2011/12. Die Beratung findet im Rathaus (Breite Straße 41-44), Raum 217, statt und beginnt um 18. 15 Uhr. In der Vergangenheit ging es bei den Entscheidungen zum Bedarf an Kindertagesstätten immer auch um Kitaschließungen. Auch in der aktuellen Diskussion wird darum kein Bogen gemacht. Bereits in der Diskussion zum Haushaltssicherungskonzept für die nächsten Jahre war die Rede davon, zwei Kindereinrichtungen zu schließen.

Schon über drei Monate ist es nun her, daß der Landkreis Barnim seinen Schulentwicklungsplan (SEP) veröffentlichte und ein unangenehmes Echo zurück bekam. Unglaublich wie sehr die Meinungen der Mitglieder des Kreistages plötzlich auseinandergingen, von wo aus sich andere Politiker einmischten und dafür gerügt wurden und wie groß die Verwirrung unter den Barnimern war, was der SEP nun eigentlich wirklich bedeutet.

Natürlich haben wir die ganze Zeit mitgemischt und bekamen die unterschiedlichsten Ansichten von sich verteidigenden Landräten und Fraktionschefs zu hören. Interessanterweise änderte sich deren Einstellung zum SEP abhängig von der Meinung ihrer Zuhörer bzw. Diskussionspartner. Sie stellten ihre Ansichten mal gerne so da, daß sie den Zuhörern entgegen kamen. Bei der nächsten öffentlichen Kreistagssitzung sah es dann wieder anders aus.

Auch beschwerte man sich in den Reihen derer, die für die »vorgeschlagenen« Schulschließungen sind, daß die Barnimer gleich auf die Barrikaden gegangen sind und sich wehrten. Der SEP sei doch nur »ein Vorschlag« den man in die Tat umsetzen kann, aber nicht muß, warum wird da gleich losgeschrien?

Die Erklärung ist einfach: Man traut den vagen Aussagen einzelner Kreistagsmitglieder nicht mehr, denn selbst ihre Garantien für den Erhalt einiger Schulen vor einem Jahr haben sie längst wieder verworfen. Man muß befürchten, daß im Kreistag sich immer ein Hintertürchen offengelassen wird, um die Bevölkerung trotzdem gegen die Wand laufen lassen zu können. Und selbst wenn es stimmt, daß der SEP

Eberswalde (bbp). Konzeption und Aktivitäten der Goethe-Oberschule Eberswalde zur Berufsvorbereitung gehören zu den ausgewählten Berufsorientierungsangeboten, die innerhalb des TRANSVERBUNDS, einer Vereinigung von Netzwerken Schule + Wirtschaft der Bundesländer Berlin, Brandenburg, Bremen und Hamburg, als gute Beispiele der Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischen Partnern beschrieben werden. Wie Elke Otto, Leiterin der Außenstelle »Netzwerk Zukunft Schule + Wirtschaft« für Barnim und Uckermark, mitteilt sollen diese Beispiele in die Partnerländer des Verbundes »exportiert« werden. »Die Agenturen treffen jeweils eine Auswahl von Projekten, Konzepten und Strategien, die im eigenen Bundesland maßgeblich zur Berufsförderung und Lebenswegeplanung von SchülerInnen beitragen.«

Über das Projekt der Goethe-Oberschule »Fit in den Beruf« wird in der aktuellen Ausgabe des vom TRANSVERBUND herausgegebenen Heftes »Impulse« ausführlich berichtet.

Die Vermittlungsquote von der Schulbank der Goethe-Schule zu einer Lehrstelle liege seit Jahren stabil bei ca. 97 %, heißt es in dem Beitrag. Bereits seit 1991 widmet sich die Goethe-Schule der Berufsvorbereitung ihrer SchülerInnen. Betriebspraktika, Bewerbungstrainings, Assessment-Center und andere Elemente

Bildungspolitik:

Unsere Offensive

nur ein Vorschlag sei, wir glauben nicht, daß die Politiker, die den SEP dann für ihre Region umsetzen sollen, sich den »Wünschen« der Obrigkeiten widersetzen würden.

Doch der Protest der Barnimer scheint wenigstens vorerst geholfen zu haben. Zeitweise. Wir bleiben also in Alarmbereitschaft. Da man schließlich auch im Kreistag bemerkt hatte, daß die Übergangszahlen von der Grundschule zu weiterführenden Schulen im SEP nicht auf die nächsten Jahre zutreffen können, beschloß man, bis zum Sommer mit einer Entscheidung zu warten. Die Zahlen im SEP bezogen sich auf die vergangenen Jahre, wo wir noch ein System aus Realschule, Gesamtschule und Gymnasium als weiterführende Schulen hatten. Doch ab diesem Jahr gibt es nur noch Oberschule und Gymnasium! Der Kreistag möchte also die Übergangszahlen von der Grundschule auf diese beiden weiterführenden Schultypen beobachten und auf ihrer Basis den SEP im Sommer neu aufrollen.

Die Schulen atmen vorerst auf, aber an langen ausruhen ist nicht zu denken!

Der Aktionstag am Gymnasium Wandlitz gegen seine im SEP »gewünschte« Schließung findet nach wie vor am 10. Februar in Wandlitz im Gymnasium statt. Schüler und Lehrer basteln und feilen seit Monaten an dem Programm für den Tag und nun steht es endgültig fest: Von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr finden die

thematischen Projekte für Schüler und Gäste statt. Anschließend gibt es eine einstündige Pause in der man sich ausruhen, diskutieren, austauschen oder sich vom Projekt »Kochen« verpflegen lassen kann.

Danach, um 13.00 Uhr, werden die Ergebnisse der Projekte vorgestellt und anschließend versammeln sich alle Schüler, Lehrer, Eltern, und Gäste auf dem Schulhof. Denn pünktlich um 14.30 Uhr soll von dort die große Demonstration gegen Schulschließungen stattfinden. Die Demo geht entlang der B109 und dauert bis ca. 16 Uhr. Jeder ist willkommen, der sich für den Erhalt der Schulen im Barnim und vor allem den des Wandlitz Gymnasiums einsetzen möchte! Ab 16 Uhr werden (für die länger arbeitenden Eltern und Gäste) die Ergebnisse der Projekte nochmals vorgestellt, außerdem findet gleichzeitig ein Skatturnier der besonderen Art statt. Die Karten sind nicht mit Bube und Dame ausgestattet, sondern mit Bildnissen der Lehrer. Ab 17.00 treten in der Aula des Gymnasiums verschiedenen junge Bands von unterschiedlichen Schulen auf und man kann den Tag gemeinsam ausklingen lassen.

Wir hoffen, daß viele (diskussionsfreudige) Gäste kommen werden und der Tag ein Erfolg und ein eindeutiges Zeichen in Richtung Kreistag wird.

JOSEFINE LEESCH, 17, (stellvertretend für die Schüler des Wandlitz Gymnasium)

Für den »Export« ausgewählt

Projekt der Goethe-Oberschule »Fit in den Beruf«

gehören seitdem zum Schulalltag in den oberen Klassen. Um die Wirksamkeit der Anstrengungen zu überprüfen werden die Absolventen regelmäßig nach Verlassen der Schule über ihren beruflichen Werdegang befragt. Dies und gute Kontakte zu zahlreichen Betrieben in der Umgebung schaffen ein günstiges Umfeld für eine nachhaltige Wirkung dieser Bemühungen.

Seit 2004 gibt es ein neues Projekt, das sich vor allem an lernschwächere SchülerInnen richtet. Die »wirtschaftsnahe Berufsvorbereitung für Schüler ab Klasse 7« steht im Mittelpunkt des Projektes »Fit in den Beruf«. Wichtig ist der fächerübergreifende und zugleich praxisorientierte pädagogische Ansatz. Der Lehrplan der einzelnen Fächer wird verwendet, um ein Lernen mit wirtschaftsnahen und praktischen Bezügen zu organisieren. Zugleich sollen bereits während der Schulzeit intensive Kontakte zwischen den SchülerInnen und den künftigen Ausbildungsbetrieben aufgebaut werden. Als zentraler Punkt fungiert der Erwerb von sozialer Kompetenz als Grundlage für weitere Kenntnisse und persönliche Erfolge.

Die SchülerInnen der praxisorientierten Klasse absolvieren einmal in der Woche ihren Praxistag außerhalb der Schule. Für die Klassenstufen 7 und 8 findet der Unterrichtstag in der Produktion vor allem im Weiterbildungszentrum Eberswalde statt, während die Klassen 9 und 10 zusätzlich in verschiedenen Betrieben und Einrichtungen tätig werden. Wichtig in dieser zweiten Projektphase ist der Ansatz, die SchülerInnen zu befähigen, die Schritte auf dem Weg bis zum Ausbildungsplatz selbst gehen zu können. An erster Stelle steht hier die Befähigung, sich Information selbst zu beschaffen, diese zu verarbeiten und schließlich das in der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Künftig soll es in jedem Jahr eine spezielle praxisorientierte Klasse an der Goethe-Oberschule geben. Die Erfahrungen, die jetzt gemacht werden, sollen auch die berufsorientierenden Maßnahmen in den anderen Klassen beeinflussen und mitgestalten. Gesellschaftliche Problemstellungen und demografische Entwicklungen sieht man an der Goetheschule auch weiter als Herausforderung und Aufgabe.

Verstärkung für die Montagsdemo

Rede von ALBRECHT TRILLER auf der Montagsdemo am 16. Januar



Mit einer besonderen »Geschmacklosigkeit« (Uwe Birk, Beigeordneter der Stadt Eberswalde, auf der StV am 19.1.) präsentierte sich die Eberswalder Montagsdemo am 16.1. gegenüber dem Rathaus: Sie begrüßten Bürgermeister Schulz im Kreise der Arbeitslosen. Allerdings nur als Pappkamerad, verehen mit der Plakette »Jetzt heißt es fit machen für den Arbeitsmarkt«.

Wer hätte das gedacht! Wir haben heute Verstärkung bekommen. Bürgermeister Schulz ist hier. Wenn auch nur als Pappkamerad. J Wir begrüßen ihn mir einem herzlichen Beifall!

Jetzt hat er endlich Zeit dazu. Es ist heute das zweite Mal, daß er an der Montagsdemo teilnimmt. Er war schon einmal unserer Einladung gefolgt, zu unserem Neujahrsempfang 2005. Dafür verdient er Anerkennung, denn ansonsten war damals von der Polit-Prominenz nicht viel zu sehen gewesen.

Vielleicht hat sich Herr Schulz heute verirrt, weil er dachte, es wäre wieder Neujahrsempfang. Denn er liebt die Neujahrsempfänge, vor allem seine eigenen. Er hatte es sich so schön ausgemalt. Am 20. Dezember sollte das Urteil in seinem Prozeß gesprochen werden. Als strahlender Sieger wollte er am 6. Januar beim Neujahrsempfang seinen Dienst wieder antreten. Doch mit dem Freispruch vorm Jahreswechsel klappte es nicht. Erst am Tag vor dem Neujahrsempfang forderte der Staatsanwalt zweieinhalb Jahre Gefängnis für Schulz wegen Untreue und Bestechlichkeit.

Doch Herr Schulz wollte sich seinen schönen Plan nicht vermasseln lassen und brüskierte so die Teilnehmer des Neujahrsempfanges mit seiner unplazierten Anwesenheit. Obwohl beurlaubt und, wie zu hören, zudem noch krankgeschrieben, übte er sein Amt aus und schwang sich zu einer großen Rede auf. Der amtierende Bürgermeister Landmann ignorierte, daß er bis zum Prozeßende der von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzte Rathauschef ist. Er ließ Schulz agieren.

Vielleicht war es auch so, daß die Sparkasse und die Commerzbank als Sponsoren des Neujahrsempfanges auf der Teilnahme von Bürgermeister Schulz bestanden haben? So wie unbequeme Ortsbürgermeister nicht im Amtsblatt veröffentlichen dürfen, weil das die »Sponsoren des Amtsblattes« nicht wünschen?

Jedenfalls fand sich niemand, der die Anwesenheit von Schulz zum Anlaß nahm, auf dem Absatz kehrt zu machen oder zu fordern, daß Schulz die Veranstaltung verläßt. Die Frage nach der Sinnfälligkeit des Neujahrsempfanges, wie wir von der Montagsdemo sie gestellt haben, warf in Eberswalde trotz maroder Stadtfinanzen niemand auf. Der Finowfurter Bürgermeister Schoknecht verdient Anerkennung dafür, daß er mit der »Tradition der Neujahrsempfänge« brechen möchte!

Die Äußerungen der verschiedenen politischen Kräfte von Eberswalde auf dem Neujahrsempfang und bei anderen Gelegenheiten zum Schulz-Prozeß zeigen, daß die Stadt kein »Schulz-Problem« hat, sondern daß mit dem Schulz-Prozeß lediglich tieferliegende Probleme zu Tage treten. Betrachten wir beispielhaft mögliche Motivationen derer, die sich vor Bürgermeister Schulz stellen: Wer dem Bürgermeister sein Amt verdankt, wird zu seinem Bürgermeister stehen – wen wundert es? Ein aus dem Westen stammender Unternehmer, der dort wegen ähnlicher Beanstandungen als AWO-Geschäftsführer abgelöst wurde, unterstützt Schulz und wettet gegen das Gericht. Unternehmer, deren Auftragslage von der Stadt ab-

Fortsetzung auf Seite 8

Demo-Berichte:

70. Montagsdemo am 16.1.

»Die Eberswalder Montagsdemo wird 70 – und noch kein bißchen müde« war das Motto der Demo am 16. Januar. Aber das eigentliche Thema der Demo, an der 32 Leute teilnahmen, lieferte das Urteil des Landgerichtes Potsdam im Verfahren gegen den Eberswalder Bürgermeister wegen Untreue und Bestechlichkeit. Das Urteil – zwei Jahre Gefängnis auf Bewährung, drei Jahre kein öffentliches Amt und Abführung der Bestechungssumme von 15.000 Euro an die Gerichtskasse – ist zwar noch nicht rechtskräftig, aber der Bürgermeister vorläufig amtsenthoben.

Die Demonstranten begrüßten Herrn Schulz schonmal als Zugang bei den Arbeitslosen und als Teilnehmer der Montagsdemo, letzteres allerdings nur als Pappkamerad. Als solcher steht er mit Laufstöcken und dem Schild »Jetzt heißt es fit machen für den Arbeitsmarkt« neben dem Transparent – »Du bist arbeitslos, gedemütigt, ausgegrenzt und verfolgt. Du bist Deutschland«. Doch die Demonstranten äußerten ihre Gewißheit, daß sie nicht mit der Unterstützung von Schulz rechnen können. Sicher werde sich auch für ihn ein Ver-sorgungsjob finden.

Am offenen Mikro wetteten Ute Frey und Frank Töpfer, daß selbst bei Gesetzesverstößen und Amtsenthebungen die Bezüge der »Großen« weiterlaufen, während die »Kleinen« bei geringsten Vergehen hart bestraft werden. Rolf Richter erklärte, daß dies nicht das »System Schulz«, sondern das »System Deutschland« sei.

»Auch wenn das Urteil noch nicht rechtskräftig ist, betrachte ich meine Wette als verloren«, sagte Bernd Pomraenke. »Ich hatte nicht geglaubt, daß das Gericht den Bürgermeister tatsächlich verurteilt, obwohl ich ihn für schuldig hielt.« Er zahlte die 20 Euro »Wettenschulden« in die Demo-Kasse, wobei er zugleich noch einmal deutlich machte, daß Schulz nur für eine »Kleinigkeit« verurteilt wurde, während die Entscheidungen zu den großen Schäden für die Stadt, wie das verlorene 3,25-Millionen-DM-Darlehen an den Flugplatzentwickler und der rechtswidrige Verkauf der Stadtwerkeanteile ungesühnt blieben.

Änne Resmer begrüßte die Finowfurter Initiative, sich von den Neujahrsempfängen zu verabschieden. Werner Böttcher berichtete über den Ärztestreik und verwies auf die Probleme im Gesundheitswesen. Lothar Danner informierte über Pläne der Unternehmerverbände, die Quartalspraxisgebühr durch eine Gebühr für jeden Arztbesuch zu ersetzen.

Schließlich erinnerte Albrecht Triller daran, daß die Beschwerde der Eberswalder Montagsdemo in der Einwohnerfragestunde der Kreistagssitzung wegen unpünktlicher Zahlung des ALG II zu Konsequenzen geführt habe. Die Arge hat eine Möglichkeit der Ver-

teilung der Wiederholungsanträge über alle Monate gefunden, was die pünktliche Entscheidung erleichtert.

Die nächste Montagsdemo findet am 30. Januar statt. Dann soll auch kräftig für die Teilnahme an der Demo in Berlin gegen die Dienstleistungsrichtlinie der EU am 11. Februar geworben werden.



71. Montagsdemo am 30.1.

Die 71. Montagsdemo fand unter dem Motto statt: »Wir tragen unseren Protest gegen die Bolkestein-Richtlinie nach Berlin und Straßburg«. Zur Demo erschienen 33 Demonstranten. Der vorgesehene Redebeitrag eines Vertreters des DGB-Regionsvorstandes fiel leider aus. So machte Albrecht Triller nach der Begrüßung der Demonstranten einige Ausführungen zum Thema Bolkestein-Richtlinie (EU-Dienstleistungsrichtlinie).

Die Forderung der Eberswalder Montagsdemo müsse sein: Stop Bolkestein - für ein soziales Europa. Es gelte die EU-Dienstleistungsrichtlinie durch massenhaften Protest in Berlin und Straßburg zu Fall zu bringen.

Am offenen Mikro nahmen Frank Töpfer, Anne Resmer und Lothar Danner das Wort.

Während der Demo trugen sich weitere Teilnehmer in die Liste für die Bolkestein-Demo in Berlin ein.

Spendenfonds

Einer guten Tradition folgend hat die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag erneut einen Spendenfonds eingerichtet, der in erster Linie von den regelmäßigen monatlichen Überweisungen aller 54 Abgeordneten der Linksfraktion lebt. Aus dem Fonds wird vor allem Projekten, die wenig oder keine staatliche Unterstützung bekommen, insbesondere in der Kinder- und Jugendarbeit, unter die Arme gegriffen. Über die Vergabe der Gelder entscheidet ein unabhängiges Spendengremium der Linksfraktion. Formlose Anträge auf Unterstützung können in den Wahlkreisbüros abgegeben werden.

Dr. DAGMAR ENKELMANN

Fortsetzung von Seite 7

Verstärkung für die Montagsdemo

hängt und die für ihn Wahlwerbung gemacht haben, ergreifen ebenfalls für Schulz Partei. Auch wer als abgewählter Abgeordneter einen Versorgungsjob erhält, fühlt sich zur Dankbarkeit verpflichtet. Es muß auch niemanden wundern, wenn unterstellte Mitarbeiter Aussagen gegen ihren Chef besser vermeiden.

Bürgermeister Schulz ist mit vielen auch dadurch verbunden, daß sie gemeinsam handeln und, wenn auch nicht im juristischen Sinne, so doch moralisch mitverantwortlich sind. So wird immer wieder betont, daß die Schulz zur Last gelegten untreuen Entscheidungen gemeinsam und offen getroffen wurden (in Dezernentenberatungen, mit bestimmten Abgeordneten, mit Dienstweisungen etc.).

Wenn das Urteil rechtskräftig wird, dann ist zwar Bürgermeister Schulz zur Verantwortung gezogen worden, aber die Umstände, unter denen er schuldig wurde, bleiben. Notwendig sind: mehr Öffentlichkeit und Transparenz in der Stadt und in den städtischen Unternehmen; keine Ämterhäufung und -konzentration; ein Antikorruptionskonzept.

Bürgermeister Schulz wurde inzwischen vom Landrat vorläufig des Amtes enthoben. Das Urteil des Landgerichtes Potsdam ist noch nicht rechtskräftig, aber die Bereitschaft der verschiedenen politischen Kräfte, weiter mit einem Bürgermeister Schulz zusammenzuarbeiten, wird von Tag zu Tag mehr dahinschwinden. Insofern wird sich Herr Schulz nun für den Arbeitsmarkt fit machen müssen. Oder?

Fördermitteln nur für tarifgebundene Unternehmen

Eberswalde (afa/bbp). »Staatliche Fördermittel, sei es von Land, Bund oder EU«, heißt es in einem Antrag der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) der SPD Barnim an die AfA-Bundeskonferenz 2006 in Kassel, sind »nur an tarifgebundene Unternehmen zu vergeben, bzw. nur an Unternehmen, die tarifliche Löhne und Gehälter zahlen«. Sittenwidrige Löhne,

Nun, bei so vielen guten Taten für die Unternehmer ist es unwahrscheinlich, daß Reinhard Schulz Arbeitsamtskunde wird. Da findet sich sicher auch für ihn ein Versorgungsjob.

Noch aber ist das Urteil nicht rechtskräftig. »Jetzt muß es erst mal weitergehen«, heißt es. Dem Freundes- bzw. Unterstützerkreis ist wahrscheinlich daran gelegen, daß erst das Berufungsverfahren abgewartet wird und bis dahin alles beim Alten bleibt. Sie sehen keine Veranlassung, irgendetwas zu ändern, denn Änderungen halten sie für eine Katastrophe. »Die Arbeit des Rathauses ist gesichert«, hört man. Das heißt, alles wird wie bisher unverändert fortgeführt.

Das aber ist es, was Eberswalde überhaupt nicht gebrauchen kann. Es steht nicht nur die Treue und Rechtschaffenheit in Frage, sondern die aktuelle Politik der Stadt insgesamt. Die möglicherweise veruntreuten Gelder, die Gegenstand der Gerichtsentscheidung waren, sind längst noch keine Erklärung für die Unsummen, die im städtischen Haushalt fehlen. In Schulz' Neujahrsansprache zählte er die Millionen auf, die ausgegeben wurden, als läge allein darin ein Verdienst. In der Aufzählung fehlten jene Millionen, die unter seiner Regie in den Sand gesetzt wurden.

Es bleibt zu hoffen, daß die Ära Schulz zu Ende geht und sein Abgang als Chance für die Stadt begriffen wird, umzusteuern – hin zu einer Politik, die demokratischer, auf das Bürgerwohl orientiert und wirtschaftlicher ist.

unzumutbare Arbeitsbedingungen auch im Arbeitsschutz, begründet die AfA Barnim ihren Antrag, stärken diese Firmen nicht. »Im Gegenteil, die Steuereinnahmen des Staates sinken, der freie Wettbewerb wird untergraben. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sehen sich heute bedroht zum 'Billiglöhner' zu werden. Dem muß Einhalt geboten werden.«

Mit Bussen zur Demo nach Berlin

Eberswalde (bbp). Im Februar werden die Europaabgeordneten in Straßburg über den Entwurf der Dienstleistungsrichtlinie abstimmen. Am 14. Februar gibt es in Straßburg eine große europaweite Demonstration dagegen. Aber die Bundesregierung entscheidet im Europäischen Rat maßgeblich mit. Die deutschen Parteien haben erheblichen Einfluß auf ihre Europaabgeordneten. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) ruft daher dazu auf, an der Demonstration am 11. Februar in Berlin gegen den »Bolkestein-Entwurf für eine europäische Dienstleistungsrichtlinie« teilzunehmen. »Wir brauchen einen Binnenmarkt für Dienstleistungen«, heißt es in dem Aufruf, »der zugleich den Interessen und

dem sozialen Schutz der Beschäftigten dient«.

Der DGB hat die Bereitstellung von Bussen organisiert. Aus Eberswalde werden 2 Busse die Demonstrationsteilnehmer nach Berlin bringen. Abfahrt ist um 10 Uhr vom Eberswalder Busbahnhof.

Treffpunkt und Auftaktkundgebung ist am 11. Februar um 11.30 Uhr im Invalidenpark in Berlin-Mitte am Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. Zur Abschlußkundgebung auf dem Schloßplatz werden der DGB-Bundesvorsitzende Michael Sommer und die Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände Barbara Stolterfoth sprechen.

Dienstleistungsrichtlinie verhindern

Offener Brief der AfA Barnim an den SPD-Europaabgeordneten Norbert Glante

Eberswalde (bbp). In einem Offenen Brief hat sich die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) im SPD-Unterbezirk Barnim an den brandenburgischen SPD-Europaabgeordneten Norbert Glante gewandt und ihm ihren Beschluß gegen die Dienstleistungsrichtlinie übersandt, den sie als Antrag an die AfA-Bundeskonferenz 2006 gestellt haben. »Wir befürchten«, schreibt der AfA-Unterbezirksvorsitzende Andreas Steiner, »daß sich die Dienstleistungsrichtlinie auf Unternehmen und Beschäftigte katastrophal auswirken wird, insbesondere in den grenznahen Regionen im Osten Deutschlands. Als Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen im Landkreis Barnim erwarten wir von Dir, daß Du am 14.02.2006 im Europäischen Parlament mit Deiner Stimme dazu beiträgst, die Dienstleistungsrichtlinie zu verhindern. Wir appellieren an Dich, daß Du hierbei Deine Verantwortung gegenüber der heimischen Wirtschaft sowie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Brandenburg wahrnimmst.«

In seiner Antwort verweist Norbert Glante zunächst darauf, daß es die Schröderregierung war, die im Jahr 2000 »zusammen mit vierzehn weiteren (damals überwiegend sozialdemokratischen) Staats- und Regierungschefs die so genannte Strategie von Lissabon beschlossen, die Europa zur wettbewerbsfähigsten Wissensgesellschaft der Welt machen soll.« Dazu gehöre ausdrücklich der Beschluß über die Öffnung der Märkte im Dienstleistungssektor, weswegen in der EU eine Dienstleistungsrichtlinie gebraucht werde.

»Ich lehne mir den Vorschlag der Europäischen Kommission in seiner jetzigen Form ab«, betont der SPD-Europaabgeordnete. Als Mitglied des Europäischen Parlaments habe er zusammen mit den anderen Abgeordneten die Möglichkeit den Richtlinienentwurf abzuändern. »Mein Ziel ist es daher nicht«, so Glante weiter,

»eine vollständige Rücknahme der Richtlinie zu erreichen, sondern den Vorschlag sozial auszugestalten«. Das entspreche auch dem SPD-Parteitagsbeschluß vom November 2005. Dort heißt es, daß der Bundesparteitag »die Forderungen der SPE-Fraktion zur Veränderung des Kommissionsentwurfes durch das Europäische Parlament für die Annahme einer Richtlinie für Dienstleistungen im Binnenmarkt« unterstützt.

Eine vollständige Rückweisung des Richtlinienentwurfes käme für Glante nur in Frage, wenn so eine soziale Ausgestaltung nicht zu erreichen wäre. Aber schon im Binnenmarktaus-schub seien »eine Reihe wesentlicher Verbesserungen durchgesetzt« worden. »Dazu zählt z.B., daß alle Dienste von allgemeinem Interesse (in Deutschland als Dienste der Daseinsvorsorge bekannt) aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie ausgenommen werden sollen. Hinzu kommt eine ganze Reihe von einzelnen Ausnahmebereichen wie z.B. Altersvorsorge, Dienste im Zusammenhang mit der Ausführung hoheitlicher Aufgaben, Verkehr, elektronische Kommunikation, Gewinnspiele, Gesundheitswesen, Bank- und Kreditgeschäfte und viele mehr. Außerdem wurde das gesamte Arbeitsrecht aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie herausgenommen, so daß die Rechte der Sozialpartner unangetastet bleiben. Der Entsenderichtlinie wird Vorrang vor der Dienstleistungsrichtlinie eingeräumt und die Kontrollmöglichkeiten der Mitgliedstaaten im Zielland des Dienstleistungsangebots wurden gestärkt. Außerdem darf die Dienstleistungsfreiheit nicht dazu führen, daß Umweltstandards oder etwa Sicherheitsstandards unterlaufen werden.«

Der Widerstand von Konservativen und Liberalen sei dafür verantwortlich, daß es immer noch eine Reihe weiterer problematischer Punkte gebe, »für deren Verbesserung wir nun im Plenum kämpfen werden. Dazu zählen u.a. die Ablehnung des unstrittenen Herkunftslandsprinzips und auch die Herausnahme der Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, der Bildung und von Dienstleistungen im sozialen Bereich aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie.«

Norbert Glante erklärte sich bereit, sich noch vor der Abstimmung im Europaparlament mit den Vertretern des AfA Barnim zu treffen und über deren Forderungen zu diskutieren.

AfA-Bundeskonferenz in Kassel: Entsprechend den Grundwerten von 140 Jahren SPD

Antrag: Die AfA-Bundeskonferenz spricht sich gegen die Europäische Dienstleistungsrichtlinie aus und fordert ihre vollständige Rücknahme.

Begründung: Mit der Dienstleistungsrichtlinie sieht die Europäische Union eine weitgehend unkontrollierte Liberalisierung und Deregulierung des Marktes für Dienstleistungen in Europa vor. Die hierin verankerte Beibehaltung des Herkunftslandprinzips entfacht einen ruinösen Unterbietungswettbewerb um die niedrigsten Standards bei den arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen, bei der Bildung, der Qualitätssicherung als auch beim Umwelt- und Verbraucherschutz...

Der vorliegende Entwurf der Dienstleistungsrichtlinie widerspricht den Grundsätzen europäischer Politik und muß abgelehnt werden. Auch in einer vermeintlich sozial verträglicheren Variante wird das Werk in Gänze den Ansprüchen sozialdemokratischer Grundwerte und den politischen Errungenschaften nicht gerecht, für die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seit über 140 Jahren gekämpft haben.

Daher fordert die AfA Barnim für die EU:

- für Dienstleistungen sollen ausschließlich die Bestimmungen am Erbringungsort gelten
- die Festlegung von Mindestanforderungen für eine Reihe von Sektoren
- kein Wettlauf bei den Standards nach unten, sondern eine rasche Angleichung von Arbeits- und Lohnstandards, Verbraucherschutz und ökologischen Standards nach oben
- keine weitere Schleifung von Arbeitnehmerrechten, kein Lohndumping, keine Aushöhlung der sozialen Sicherungssysteme sowie die Verhinderung des Ausverkaufs öffentlichen Eigentums
- ein hohes Beschäftigungsniveau, Förderung von wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, Hebung der Lebenshaltung und -qualität sowie ein hohes Maß an Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz
- Schaffung eines ökologisch nachhaltigen Europas der Solidarität, der sozialen Gerechtigkeit sowie der politischen Gestaltung und Demokratie

AfA Unterbezirk Barnim

Die Eberswalder Montagsdemos



Ein Jahr Widerstand gegen die »soziale Rutschpartie« von Hartz IV und Agenda 2010
dokumentiert in der Barnimer Bürgerpost von August 2004 bis August 2005

und
Motive

Teilnehmer erzählen, warum sie seit einem Jahr an jedem Montag auf die Straße gehen

EINE SONDERAUSGABE DER BARNIMER BÜRGERPOST

Langfassung, A4, 60 Seiten = 4,00 Euro
Kurzfassung, A4, 8 Seiten = 0,40 Euro

erhältlich bei der »Eberswalder Montagsdemo«
und bei der »Barnimer Bürgerpost«
(Kontakt: Lehnitzssee, 3, 16227 Eberswalde, Tel.: 03334/356542, Fax: 01805/751112596, eMail: bbp@telta.de)

Herkunftslandprinzip

Danach dürfen Unternehmen ihre Dienste zu den Regeln, Steuer- und Sozialstandards ihres Herkunftslandes in der ganzen EU anbieten. Europa würde damit zum Billiglohnland im Dienstleistungsbereich, da sich die betroffenen Branchen am niedrigsten Lohnniveau und den laxesten Gesetzen innerhalb der EU orientieren würden. Firmen aus Ländern mit höheren Standards, wie z.B. der BRD, wären zur Aufrechterhaltung ihrer Konkurrenzfähigkeit gezwungen, ihren Unternehmenssitz in Niedriglohnländer innerhalb der EU zu verlagern, wo günstigere Normen, Standards, Auflagen, Sozial- und Umweltabgaben sowie Steuern angeboten werden. Nach der Dienstleistungsrichtlinie genügt bereits eine Briefkastenfirma, um von einschlägigen nationalen Belastungen befreit zu sein.

250 Euro für Eberswalde

Eberswalde (bbp). Erfreut nahmen die Mitglieder der AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim (AGU) auf ihrer Beratung am 23. Januar die Information entgegen, daß der Brief mit der Forderung, den im Dezember beschlossenen Austritt aus dem Klima-Bündnis rückgängig zu machen, in der Eberswalder StVV verlesen wurde (Seite 2). Von der AGU initiiert, hatten sich die Vereine Energiesparkontor Barnim und Lokale Agenda 21 Eberswalde sowie Bündnis 90/Die Grünen Barnim der Aktion angeschlossen, die u.a. beinhaltet, daß der Jahresbeitrag von 250 Euro der von Haushalts-sorgen geplagten Stadt gespendet werden soll. Von der Stadtfraktion ihrer Partei erwarten die AGUler, daß sie nun gemeinsam mit anderen interessierten Fraktionen in der StVV aktiv wird. Sie selbst werden künftig die Selbstverpflichtungen der Kommune, die sich aus der Mitgliedschaft im Klima-Bündnis ergeben, stärker thematisieren. Beispielsweise soll der Tag der Erneuerbaren Energie am 29. April genutzt werden, um Spenden für den Klima-Bündnis-Mitgliedsbeitrag zu sammeln.

Um das Verhältnis regionaler Geldflüsse und den ökonomischen Möglichkeiten des Einsatzes erneuerbarer Energien ging es im nächsten Beratungspunkt. In Zusammenarbeit mit dem öffentlich-rechtlichen Geldinstitut wären regionale Investmentfonds denkbar, mit denen auch der Finanzsektor in die Idee regionaler Kreisläufe einbezogen werden könnte. Hier eröffne sich ein weites Diskussionsfeld.

An der Fachhochschule Eberswalde fand am 11. Januar bereits die zweite Veranstaltung zum Thema Agro-Gentechnik statt. Besondere Würdigung fand in der vom Barnimer Aktionsbündnis gegen Gentechnik und Studenten der FH organisierten Podiumsdiskussion der StVV-Beschluß im letzten Jahr, wonach sich Eberswalde zur gentechnikfreien Kommune erklärte. Im groben Kontrast dazu stehe die Kooperation der Firma MÄRKA, die ihren Sitz auf dem Territorium der Stadt Eberswalde hat, mit dem weltgrößten Gentechnikkonzern Monsanto. Mit der Zusicherung an die Bauern der Region, auch gentechnikkontaminierte Produkte aufzukaufen, wolle MÄRKA die Verwendung gentechnisch manipulierten Saatgutes in der Region salonfähig machen. Die Beratungsteilnehmer äußerten sich zufrieden, daß das in Form des von der AGU initiierten Gentechnikbeschlusses der StVV geworfene Steinchen, derartige Wellen schlägt. Inzwischen gab es auch seitens der Fraktion eine Nachfrage wie weit die Stadtverwaltung mit der Umsetzung des Beschlusses gekommen ist.

Weitere Themen waren die geplante Präsentation der AGU auf der Mitgliederversammlung der Eberswalder Linkspartei.PDS am 17. Februar und die Begrüßung eines neuen Mitgliedes. Die nächste Beratung der AGU ist für den 3. März, um 17.30 Uhr, wie immer im Café am Weidendamm in Eberswalde, geplant.

Mensch sein und arbeiten – Arbeitszeit neu denken (Teil 3):

Geschäfte mit der Wachstumslüge

Die Dauer eines Phänomens ist selber ein Fakt. Die wachsende Dauer der Zustände – die Dauer selber – ist direktester Beweis für die Lügenhaftigkeit der Behauptung, Wachstum bringe Arbeitsplätze. Selbst in Regionalzeitungen kommen Zweifel an Hartz IV auf. Das Wort »Hartz-Flop« erscheint auch schon mal als Überschrift einer Kolumne. Doch es kommen keine Arbeitsplätze. Mitte März 2005 scheinen sogar beim Bundeskanzler, dem die Wählerschaft entglitt, erste Zweifel aufzukommen, ob seine Agenda 2010 das Richtige ist: Schröder meinte, den Konzernen wäre von seiner Regierung der Boden bereitet worden, nun endlich müßten die Konzerne Arbeitsplätze schaffen.

In den letzten zwei Jahren haben Wachstums-Unfug und den Konzernen geschenkte Steuern den Wahnsinn gesteigert. Schon wird unterm Druck der Angst Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich massenhaft geduldet, manchmal aber auch schon von Belegschaften abgewiesen: Lieber weniger Geld in der Tasche als Hartz am Bein.

Schon der Überstunden-Kult ist schlimm genug

Um ihren Platz zu halten, rackern viele Beschäftigte weit »über Norm« und leisten außerdem noch Überstunden. Erschlafft sinken sie abends auf ihr Sofa. Für die Familie, für die Kinder ist weder Zeit noch Kraft geblieben. Das B.A.T.-Institut Hamburg ermittelte, der Ruf nach Schaffung von Arbeitsplätzen sei von 70 % Probandenanteil 2002 auf 78 % im Jahre 2003 gestiegen. 80 % der Jugendlichen bis zu 19 Jahren fürchten Ausbildungs- und Arbeitslosigkeit. (dpa/ND Dezember 03) Die Gewaltbereitschaft steigt.

Acht Millionen finden überhaupt keinen Arbeitsplatz. »Das Problem ist nicht die Vermittlung, sondern das sind die fehlenden Arbeitsplätze.« (Leiterin eines Arbeitsamtes. Märkische Oderzeitung 22.1.03) Also schon vor drei Jahren! Seitdem hat die Zeitung viele erschütternde Berichte veröffentlicht, in denen unter-schwellig Hartz IV angeprangert ist. Ich kenne Fälle, wo Menschen vor Jahren zu einer Ver-

leih-Firma gingen, die viel besser vermittelt als das Arbeitsamt. Sechs Jahre lang ging das. Bei der Verleihfirma nahmen sie 30 Prozent Unterbezahlung in Kauf, Verzicht auf Urlaubsgeld usw., einfach deshalb, weil sie nach hundert vergeblichen Stellengesuchen die Faxen dicke hatten. Doch sie wollen arbeiten. Sie wollen lebendig und im Training bleiben und ihren Kindern Vorbild. Auch ihre Kinder sollen fleißig werden und zuverlässig. Doch jetzt? Beispiel: In einer Verleih-Firma sind 10 Personen als »hauptamtliche Stellensucher« ständig in Bewegung, um für 100 hochqualifizierte Leute Jobs zu besorgen. Dazu müssen die »Hauptamtlichen« durch ganz Deutschland reisen, mit Bahn, Auto und Flugzeug. Obwohl sie viel effektiver sind als Arbeitsämter – längst hilft auch das nicht mehr. Die Verleihfirma ist Pleite. Alle 100 Klienten arbeitslos. Arbeitslosengeld wird nach dem bisherigen Unter-der-Norm-Gehalt bemessen. Die Rentenpunkte ebenfalls.

Die einen rackern zu viel, die andren kriegen überhaupt keinen Job. Das macht die Wahnsinnsformel: »Arbeitslosigkeit plus Überarbeit mal Arbeitshetze«. Nichts hat sich geändert, seit Jahren nicht: Sichert Wirtschafts-Wachstum Arbeitsplätze? Der Hauptgeschäftsführer des Bundes der Deutschen Industrie (BDI), Ludolf von Wartenberg, sagte der Wochenzeitung »Die Zeit«: »Arbeit zu schaffen ist kein Ziel an sich. Da widerspreche ich sogar dem Bundespräsidenten, der von `Vorfahrt für Arbeitsplätze` spricht.« (Neues Deutschland, 2.7.2005)

Wachstum sichert keine Arbeitsplätze. Innovation macht immer wieder Menschen überflüssig: Mit immer weniger Menschen wird immer mehr produziert. Bis jetzt erhöhte das die Arbeitslosigkeit. Darf das so bleiben?

Wollen wir deshalb keine Innovation? Doch, wir wollen sie. Nur – wie nutzt man sie?

Dr. RAINER THIEL

nächsten Monat Teil 4: »Innovation – Chance zur Vollbeschäftigung durch allgemeine Senkung der Arbeitszeit!«

Tag der EE in Vorbereitung

Eberswalde (ekb/bbp). Am 1. Februar beriet der Verein Energiesparkontor Barnim e.V. (EKB) in den Räumlichkeiten der Stadtwerke Eberswalde über die Energiepreisentwicklung heute und in der Zukunft. Die Preissteigerungen bei Strom, Gas, Öl und Kraftstoffen belasten die Bürger und die Volkswirtschaft. Für den EKB stellt sich daher die Frage, wie »wir gemeinsam vor Ort gegensteuern« können. Energieeffizienzerhöhung und Energieeinsparung auf allen Gebieten, sowie die Nutzung der Erneuerbaren Energien sind nach Auffassung des EKB der Ausweg. Breiten Raum nahmen daneben die Diskussionen zur Vorbereitung des Ta-

ges der Erneuerbaren Energien am 29. April ein. Wie in den Vorjahren plant der EKB ein umfangreiches Programm. Neben der Besichtigung eines Windrades der REpower/Systems AG in Lichterfelde sind Führungen in der Wasserkraftanlage in Stecherschleuse, bei UFE Solar auf dem TGE, im Holzhackschnitzelheizwerk der Fachhochschule, beim Waldsolarheim in der Brunnenstraße sowie bei mehreren privaten Nutzern erneuerbarer Energien. Im Fertigungsbetrieb von REpower in Trampe wird zudem die weltgrößte Windanlage, die »REpower SM« mit einer Leistung von fünf Megawatt, präsentiert.

Monsanto und die Saatgutindustrie

Eberswalde (bbp). In Kooperation mit der Aktionsgruppe für Gentechnikfreiheit der Fachhochschule Eberswalde veranstaltete das Aktionsbündnis Gentechnikfreie Landwirtschaft Berlin-Brandenburg am 11. Januar an der FH Eberswalde eine Podiumsdiskussion zum Thema »Die bäuerliche Landwirtschaft im Würgegriff der Saatgutindustrie«. Etwa 50 Zuhörer folgten der von Hauke Benner moderierten Diskussion im Hörsaal an der Friedrich-Ebert-Straße, um zu erfahren, wie der weltweit größte Gentechnikkonzern Monsanto die Bauern mit Hilfe der Gentechnik in eine neue Abhängigkeit führt.

Als erster Referent sprach Prof. Sigmar Groeneveld aus Friedland bei Göttingen über die Politik der Saatgutindustrie seit dem Rio-Abkommen von 1992. Für ihn ist die Anwendung der Gentechnik in der Landwirtschaft der Gipfel einer Entwicklung, der seit dem 2. Weltkrieg allein in der BRD 5 Millionen einstmals selbständige Bauernwirtschaften zum Opfer gefallen sind. Im Osten sei mit der »Zwangskollektivierung« der gleiche Weg einer »fast totalen Agrarindustrialisierung« beschritten worden. »Der Samen wurde aus der Kette des Lebens herausgebrochen und zur Ware degradiert«, meint Prof. Groeneveld, der damit die »göttliche Würde« des Lebens verletzt sieht. »Saatgut ist ein Begriff des Industriezeitalters und hat die hoferigen Samen weitgehend verdrängt. Die industrielle Landwirtschaft stellt die Voraussetzung für die Gentechnik dar.«

Martin Webber aus Klosterdorf bei Strausberg, der nächste Redner, näherte sich dem Problem weniger aus ideologischer Sicht. Er nannte anschauliche Beispiele aus der Praxis des Monsanto-Konzerns, der vor allem als Hersteller von Pflanzen- und Insektenvertilgungsmitteln bekannt ist und bei dem schon immer der Schutz der Menschen im Hintergrund stand. PCB und Dioxin blieben z.B. noch lange Bestandteile seiner Produkte, obwohl die

schädlichen Wirkungen dem Konzern schon lange bekannt waren. Ein bekanntes Produkt ist »Agent Orange«, das in Vietnam zur chemischen Kriegführung eingesetzt wurde. Mindestens eine halbe Millionen mißgebildete vietnamesische Kinder kamen seitdem zur Welt.

Die gegenwärtige Strategie von Monsanto laufe darauf hinaus, weltweit Saatgutfirmen aufzukaufen, um so die eigene Marktmacht zu stärken. Die aufgebaute Marktmacht wird durch außerökonomischen Druck ergänzt, der durch eine enge personelle Verflechtung mit staatlichen Stellen in den USA ermöglicht wird. So wurde beispielsweise ein Farmer verklagt, weil er eigenes Saatgut verwendete. Selbst die Entwicklungshilfe wird für die Verbreitung gentechnisch veränderten Saatgutes mißbraucht. Beispielsweise ging das im vorigen Jahr in Europa nicht verkaufte Gensaatgut als Foodhilfe nach Afrika und Rußland. So wird eine unumkehrbare Situation geschaffen, in der dann die Patent- und Lizenzrechte eingeklagt werden können. Im Irak nutzten die USA ihren Besitzerstatus, um mit dem Erlaß Nr. 81 den irakischen Bauern die Verwendung eigenen Saatgutes zu verbieten (vgl. BBP 10/2005).

Ein besonders tragisches Kapitel der Monsanto-Geschichte hat sich in Indien zugetragen. Hier glaubten viele Kleinbauern den Versprechungen, nach denen sie mit gentechnisch veränderter Baumwolle gute Ernten und Gewinne erzielen könnten. Viele verschuldeten sich, um die Genbaumwolle anzubauen und mußten zu ihrer Enttäuschung erleben, daß die Saat zum Großteil nicht aufging und für den Rest ein erhöhter Düngemittel- und Herbizideinsatz nötig wurde, um überhaupt etwas zu ernten. Viele dieser Kleinbauern nahmen sich daraufhin das Leben, von 6000 ist die Rede.

Auch in Europa und in der BRD wird über außerökonomischen Zwang versucht, die Bauern vom Einsatz selbstgezüchteten Saatgutes



abzubringen. Seit 1997 sind die Landwirte gesetzlich verpflichtet, die Verwendung eigenen Saatgutes bei der Saatguttorehand GmbH anzuzeigen. 2.500 Bauern sind schon verklagt worden, weil sie entsprechende Auskünfte verweigerten. Auf diese Weise soll das in den USA schon seit den 50er Jahren bestehende Nachbauverbot auch auf Europa ausgedehnt werden. Dabei geht es um einen riesigen Markt. Der Umsatz der Saatgutkonzerne beträgt derzeit weltweit 30 Mrd. Dollar. Aber noch wird zu 80 % eigenes Saatgut verwendet, was einem für die Konzerne unerschlossenen Umsatzpotential von 150 Mrd. Dollar entspricht.

Im Mittelpunkt des vierten Tagesordnungspunkts stand der in Eberswalde ansässige regionale Getreideaufkäufer MÄRKA, der auch als Lieferant von Düngemitteln und Saatgut auftritt. Das Aktionsbündnis sieht in MÄRKA den Hauptakteur für die Verbreitung von Genmais in Ostbrandenburg. Dies stehe im deutlichen Widerspruch zu der Tatsache, daß die Stadt Eberswalde sich im vergangenen Jahr zur gentechnikfreien Kommune erklärt hat. Demgegenüber wirbt MÄRKA mit seiner Zusammenarbeit mit Monsanto. Mit der öffentlich verkündeten Bereitschaft, daß auch gentechnisch verseuchtes Erntegut aufgekauft werde, verringere sich das Haftungsrisiko für jene Bauern, die gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen. Dieses Haftungsrisiko ist gegenwärtig eines der größten Hemmnisse bei der weiteren Verbreitung der Gentechnik.

Dabei wird das Thema Gentechnik bei MÄRKA offenbar ganz pragmatisch gesehen. So hat ein am Stadtrand von Berlin angesiedelter größerer Futtermittelkunde durchgesetzt, daß er ausschließlich mit gentechnikfreies Soja beliefert wird.

Daran will das Aktionsbündnis bei ihren künftigen Aktionen anknüpfen. Den Landwirten der Region, die in diesem Jahr gentechnisch veränderten Mais anbauen wollen, wurden schon mal »Besuche« angekündigt. Während im Kreis Barnim auch 2006 kein genmanipuliertes Saatgut ausgebracht werden soll, gehört das benachbarte Märkisch-Oderland zu den Zentren des Genmaisanebaus in Brandenburg.



Martin Webber erläutert die Praktiken des MONSANTO-Konzerns. Links im Bild Prof. Sigmar Groeneveld.

Strom wird billiger

Erneuerbare Energien verbilligen Strompreis schon jetzt um 0,3 Cent pro kWh

Berlin (BEE/bbp). Laut einer neuen Studie des Bundesumweltministeriums zur Entwicklung der Erneuerbaren Energien in der BRD bis 2020 kann Strom aus Erneuerbaren Energien bis dahin einen Anteil von 25 Prozent am Elektrizitätsmarkt erreichen.

Im nächsten Jahrzehnt werden die Erneuerbaren Energien dem Gutachten zufolge vielfach die Schwelle zur Wirtschaftlichkeit erreichen. So werde beispielsweise Windstrom zunehmend billiger sein als der Marktpreis für Strom aus Kohle, Gas und Kernenergie.

Die Studie prognostiziert zudem, daß Erneuerbare Energien 2020 mehr als 110 Millionen Tonnen klimaschädliches Kohlendioxid vermeiden werden *»Das sind voraussichtlich 80 Prozent der Kohlendioxid-Reduktionen insgesamt. Die Erneuerbaren Energien werden damit zum wichtigsten Klimaschutzinstrument«*, sagt der Geschäftsführer des Bundesverbandes Erneuerbare Energie e.V. (BEE) Milan Nitzschke. Die Annahmen der Studie sind nach Ansicht des BEE bewußt konservativ gehalten. *»Hätten die Gutachter auch die Entwicklung an den Energiemärkten in den vergangenen zwei Jahren berücksichtigt, wäre das Ergebnis noch deutlich positiver ausgefallen«*, so Nitzschke. So rechne das Gutachten beispielsweise mit einem Preis von weniger als 5 Cent pro Kilowattstunde konventionellem Kraftwerksstrom im Jahr 2020. *»Schon heute liegt der Preis jedoch fast bei 7 Cent«*, so Nitzschke. Der BEE regt daher an, im nächsten Gutachten solche Entwicklungen zu berücksichtigen. *»Das Ergebnis wäre, daß die Kostenprognose für Strom aus Erneuerbaren Energien nochmals um 20 bis 60 Prozent sinken würde. Das belegen unsere aktuellen Berechnungen«*, sagt Nitzschke. *»Die Haushalte werden dann deutlich entlastet, die Förderung der Erneuerbaren Energien wird noch mehr Dividende bringen als heute schon«*, so Nitzschke. So wirken die Erneuerbaren Energien einer aktuellen Studie der Universität Flensburg zufolge preisdämpfend auf den Strommarkt und auf den Markt für CO₂-Zertifikate. Damit verbilligen die Erneuerbaren Energien den gesamten Strompreis bereits jetzt um etwa 0,3 Cent pro Kilowattstunde.

Grüne Berufe

Weißt Du schon, was Du werden willst? Wer diese Frage mit Nein beantwortet ist am 20. Februar bei der BUNDjugend Brandenburg herzlich willkommen. Dort findet eine Informationsveranstaltung zum Thema *»Grüne Berufe«* – Wege in den Umweltschutz statt. Interessierte Schüler und auch Studenten sollen einen Einblick in das breite Spektrum der Umweltberufe bekommen und über Perspektiven und Chancen in Brandenburg informiert werden.

FRANZISKA GÖPFERT, BUNDjugend Brdbg.

Wasser zum Geldverdienen

Eberswalde (bbp). *»Wozu ist Wasser da? Zum Geldverdienen natürlich! Zum Effektivität erhöhen, die Rendite steigern, alles andere ist sekundär! Dies könnte jedenfalls meinen, wer Manager privatisierter Trinkwasserversorger reden hört...«* Der Film *»Wasser unterm Hammer – Wenn die Haupt- zu einer Nebensache wird«* von Leslie Franke und Hermann Lorenz geht genau diesem Problem nach.

Die Vorführung dieses Films stand im Mittelpunkt einer Veranstaltung, zu der Helmut Braunschweig und Johannes Madeja von der Bürgergemeinschaft Kommunalabgaben Barnim (BKB) und der Allianz freier Wähler (AfW) am 24. Januar in das Gemeindezentrum im Brandenburgischen Viertel eingeladen hatten. Am Beispiel der britischen Hauptstadt London, hier hat seit 15 Jahren Thames Water, die Wasserabteilung des deutschen Energiekonzerns RWE, das Sagen, wurden die Folgen einer Privatisierung der Wasserversorgung aufgezeigt. Marode Leitungssysteme werden aus Kostengründen nicht saniert, statt dessen wird der Leitungsdruck herabgesetzt, weshalb bei vielen in den oberen Stockwerken wohnenden Verbrauchern nur noch zeitweise Wasser aus dem Hahn fließt, und neue Wasserreserven erschlossen, die dann zum großen Teil versickern, ehe sie zu den Verbrauchern gelangen.

Auch in der BRD hat die Privatisierungswelle der Wasserversorgung längst begonnen, wie der Film anhand der Berliner Wasserbetriebe aufzeigt. Auch hier gehört Thames Water zu den privaten Anteilseignern, die auf ihrer Rendite bestehen. Das Land Berlin hat das Nachsehen, weil es auf bislang fließende Gewinne verzichten muß. Die Verbraucher werden die Folgen womöglich erst in ein paar Jahren verspüren. Denn seit der Privatisierung dominierende Kostensenkungsdruck läßt bei den bislang üblichen Wartungsarbeiten den Rotstift regieren.

»Während meiner kommunalpolitischen Laufbahn habe ich aus heutiger Sicht einen entscheidenden Fehler gemacht, den Anteilsverkauf der Stadtwerke. Heute tut mir das leid.«

Hans-Werner Tovar, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses der StVW Kiel (im Film *»Wasser unterm Hammer«*)

Aber der Film zeigt auch, daß drohende Privatisierungen verhindert werden können. In Münster/Westfalen und in Hamburg ließen die Proteste der Bürgerinnen und Bürger den Verkauf der Stadtwerke, die in beiden Städten auch für die Wasserversorgung zuständig ist.

Auch im Bereich des ZWA Eberswalde gab es schon Stimmen, die eine Privatisierung der Wasserver- und Abwasserentsorgung forder-



ten. Johannes Madeja berichtete, wie vor etwa zwei Jahren der Finowfurter Bürgermeister Uwe Schoknecht Prospekten gerade jenes französischen Konzerns herumreichte, der gemeinsam mit der RWE in die Berliner Wasserbetriebe eingestiegen war. Als würde eine Privatisierung die Probleme des ZWA lösen können.

Auch aus dem Landratsamt hörte man zuweilen entsprechende Andeutungen. Bei der Müllentsorgung arbeitet der Landkreis schon länger mit dem RWE-Konzern zusammen. Hellhörige Zeitgenossen sehen ganz aktuell einen Zusammenhang mit dem Vorgehen des Kreises hinsichtlich der verwehrteten Kreditaufnahme des ZWA für die Rückzahlung der Erschließungsbeiträge und bei der Beanstandung der Anfang Dezember erfolgten Wiederwahl von Verbandsvorsteher Wolfgang Hein.

Auf der BKB-Versammlung gab es jedenfalls reichlich Kritik am Verkauf der Eberswalder Stadtwerkeanteile und die Zusicherung, daß man sich gegen weitere Privatisierungsabsichten öffentlicher Versorgungseinrichtungen energisch zur Wehr setzen werde. Sei es der ZWA oder die städtische Wohnungsgesellschaft, die für manchen Immobilienspekulanten als Schnäppchen erscheinen mag.

Im übrigen nahmen Ausführungen zum Anschluß- und Benutzungszwang im Zusammenhang mit dem geplanten neuen brandenburgischen Wassergesetz einen breiten Raum ein. In der Gemeinde Schorfheide steht derzeit eine von drei Fraktionen eingebrachte Beschlußvorlage zur Aufhebung des Anschluß- und Benutzungszwangs zur Diskussion. Bürgermeister Schoknecht wird in diesem Zusammenhang vorgeworfen, er hintertreibe das Vorhaben, indem er die Vorlage nicht auf die Tagesordnung der Gemeindevertreterversammlung setze. Diskutiert wurde auch das Thema Bürgermeisterneuwahl in Eberswalde.

ÖPP – Das neue Wirtschaftswunder?

Ein Rüstzeug für die parlamentarische Arbeit und für Jedermann (Teil 2)

Die Krise in den öffentlichen Finanzen sorgt nicht nur zunehmend zu Spannungen im sozial- und wirtschaftspolitischen Bereich. Heerscharen von Beratern haben sich auf das Abzocken von noch nicht erschlossenen und verdeckten Geldquellen des öffentlichen Dienstes spezialisiert und finden dafür genügend Freifelder in den Ämtern, Verwaltungen und leider auch Kommunalvertretungen. Unter dem schön klingenden Namen Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP) verbirgt sich eine der hinterhältigsten Methoden, den Kommunen und damit den Steuerzahlern das Geld bis zum Ruin aus den Taschen zu ziehen. Der erste Teil (BBP 1/2006) schilderte den Verfahrensweg bis zur »Grundsatzentscheidung«, die formal noch alles offen läßt.

Was jetzt folgt, ist ein hoch komplizierter Vorgang. Es hat noch kein ÖPP-Projekt gegeben, in dem der Staat die Handlungsherrschaft auch nur über die Vertragsgestaltung behalten hätte: Weder bei der LKW-Maut (Toll-Collect) noch dem Warnow-Tunnel und nicht einmal bei dem vergleichsweise überschaubaren Wasserbetrieb Berlin, dem zwar größten ÖPP-Projekt Europas, das aber nur die Beteiligung Privater an einem unveränderten Betrieb zum Gegenstand hatte.

3. Die Vorbereitungs- und Ausschreibungsphase

Von nun an wird ein Heer von Beratern tätig, mit einem festem Honorar von durchschnittlich 300 Euro die Stunde. Es werden endlos Daten zusammen getragen, gesichtet, geordnet – freilich nach klaren, von Interessen geleiteten Kriterien. Überlegungen zur Risikoanalyse und -verteilung werden angestellt, denn die Risikoverteilung beeinflusst die Beurteilung, ob eine ÖPP für den privaten Sektor interessant ist. Damit ist umschrieben, worum es geht: Die Privaten wollen natürlich nur die profitablen Teile einer öffentlichen Aufgabe und keine Risiken übernehmen. Wenn sie es doch tun, muß das hoch bezahlt werden. »Die Risikoübertragung von der öffentlichen Hand auf die Privaten ist Gegenstand des Vertragsabschlusses und wird monetär bewertet und findet in dem zu zahlenden Entgelt ihren Niederschlag«. Der Staat kann einen Teil der Zuschläge vermeiden, wenn er »Kreditbürgschaften stellt oder bezüglich Forderungen der Bank auf das Recht der Einrede verzichtet.« Damit aber gibt die Kommune ihre Rechte ab.

Aus den Daten soll dann ein »Wirtschaftlichkeitsvergleich« erstellt werden, der bis zu 30 Jahren läuft. Das ist auch erforderlich, denn zunächst kann ein Privater eine Aufgabe nicht billiger gestalten als der Staat. Der »Lebenszyklus des Gebäudes (Objektes)« ist der Maßstab, der sich dann aber jeder empirischen Nachprüfung entzieht. Am Ende steht dann die Entscheidung, »daß bei Erreichung des funktional beschriebenen Soll-Zustandes und der in den Vertragsentwürfen festgelegten Risikoverteilung der finanzielle Maßstab aus dem Wirtschaftlichkeitsvergleich ausschlaggebend sein soll«. Auf dieser Grundlage berät »die öffentliche Einrichtung erneut, ob der Stand der Vorbereitungen und das erwartete Ergebnis insbesondere im Blick auf die Haushaltsbelastung den Start eines Vergabeverfahrens rechtfertigen«.

Doch es ist fast unmöglich, daß ein Beschluß gegen die Einführung eines ÖPP-Projektes gefaßt wird. Die Berater haben bereits zweistellige Millionenbeträge für ihre Vorarbeiten erhalten. Ein Politiker, der sich jetzt nicht den Sachzwängen beugt und »Nein« sagt, würde als unverantwortlich niedergemacht, insbesondere wenn er sich gegen den Expertenrat stellt, der vorgibt, objektiv zu sein. Kein Mensch kann konkret 20 bis 30 Jahre vorausschauen, vor allem nicht angesichts einer rasanten technischen Entwicklung.

4. Die Vertragsphase

In allen Verträgen, die bisher nach ÖPP-Modellen aufgelegt wurden, war der Staat der Dumme. Das liegt nicht daran, daß der Staat schlechte Mitarbeiter hätte. Vielmehr ist es nach deutscher Gesetzgebung gar nicht möglich, den Privaten »über den Tisch zu ziehen«. Der hat nur eine Vorgabe, auf die er achten muß: Seinen Vorteil. Und sollten sich tatsächlich Risiken für den Privaten ergeben, dann ist damit dem Staat nicht geholfen: dann macht der Private einfach pleite.

Wie kompliziert die Verträge sind, es sind mindestens fünf, zeigt die »Typische Projektstruktur – Alles aus einer Hand«. Zitat aus einem Beraterpapier der SPD-Bundestagsfraktion:

1. der Konzessionsvertrag: Er regelt die Lieferung von Dienstleistungen durch die Projektgesellschaft und enthält in der Regel Vereinbarungen zur Qualität und den Zahlungsmodalitäten.

2. der Bauvertrag: In der Regel ist er eine Festpreisvereinbarung für ein schlüsselfertiges Projekt. Die Projektgesellschaft übernimmt alle Baurisiken.

3. der Vertrag für die Gebäudebewirtschaftung: Dieser Vertrag enthält die Betriebs- und Instandhaltungsleistungen, die häufig an ein Tochterunternehmen der Gesellschafter der Projektgesellschaft vergeben werden.

4. die Aktionärs-, Kredit- und Finanzierungsverträge: Sie beziehen sich auf die Finanzierung durch Eigenkapital und Kredite.

5. der Direktvertrag: Er reguliert die Beziehungen zwischen der öffentlichen Hand und den Kreditgebern, da der Kreditvertrag aus den Kapitalflüssen, die durch die Erbringung der Dienstleistungen erwirtschaftet werden, finanziert wird.

Fehlt nur noch die Renditegarantie! Auch an die hat MdB Dr. Michael Bürsch, »Leiter der Projektarbeitsgruppe ÖPP der SPD-Bundestagsfraktion« und selbst »Berater« gedacht:

»Nach dem derzeit geltenden § 3 Absatz 4 FStrPrivFinG gilt als angemessene kalkulatorische

Verzinsung des vom Privaten eingesetzten Eigenkapitals die durchschnittliche Rendite zehnjähriger deutscher Bundesanleihen in einem Zeitraum von 20 Jahren, die der jeweiligen Kalkulationsperiode vorausgehen, zuzüglich eines dem jeweiligen unternehmerischen Risiko angemessenen Risikozuschlages. Der Risikozuschlag darf nicht zu einer unverhältnismäßigen Verzinsung des eingesetzten Eigenkapitals führen. Es ist klarzustellen, daß für die angemessene Verzinsung des Eigenkapitals einschließlich eines angemessenen Risikozuschlages eine Betrachtung über den gesamten Konzessionszeitraum möglich sein soll, um Unsicherheiten für den privaten Betreiber zu vermeiden. Dies entspricht auch der bereits heute geübten Praxis.«

Das ist wahr! Diese Formel ist aus dem ÖPP-Vertrag für Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe bekannt. Das Berliner Verfassungsgericht erklärte diese Renditegarantie 1999 für verfassungswidrig, trotzdem wurde sie im geheimen Vertrag zugesichert. Die zwischenzeitlich 30%ige Erhöhung der Wasserpreise in Berlin geht allein auf die garantierte Gewinnbeteiligung der Privaten zurück.

Resümee

Die Bundestagsfraktion der SPD hat am 01. Juli 2005 das »ÖPP-Beschleunigungsgesetz« ohne Beratung durch den Bundestag gepetscht. Daran hat der Wahlkampf nicht gehindert. Der Bundesrat stimmte am 8. Juli 2005 zu. Im Rahmen dieses Gesetzes öffnete man sogar offenen Immobilienfonds und anderen »Heuschrecken« den Markt für dieses 20 Mrd.-Euro-Geschäft.

Wer verhindern will, daß dieses Modell angewendet wird, muß daher vor Ort – in den Ländern, Städten und Gemeinden – dafür sorgen, daß es abgelehnt wird. Dabei muß allen klar sein: Ein ÖPP-Projekt ist nur in der Anfangsphase zu stoppen! Wer sich auf einen Grundsatzbeschluß einläßt, ist verloren, dann wird die Beraterkaste gnadenlos zuschlagen!

Den Schwerpunkt ihres Geschäftes (80 %) sehen die Berater in den Kommunen. Dort glauben sie, genügend Opfer zu finden, die sich durch ihre Titel, ihre angebliche Sachkunde, durch ihr Auftreten und durch ihre Klientel, die großen Firmen, beeindruckend lassen.

Berlin hat seine Fehler schon früh gemacht. Diese Fehler fortzusetzen, hieße, die Dummheit auf die Spitze treiben. Ein alter lateinischer Spruch lautet: Der Dumme lernt nur durch Erfahrung. Wie dumm muß einer sein, den nicht einmal die Erfahrung etwas lehrt!?

HELMUT BRAUNSCHWEIG, AfW

Ardelt-Werke – Waffenschmiede des Führers

Zur Geschichte des KZ-Außenlagers von Ravensbrück »Eisenspalterei«, ein Arbeitslager der Ardelt-Werke (Teil 1)

Mit dem Technischen Büro (1902) und der Gründung der Maschinenfabrik Ardelt & Söhne (1904) begann die Entwicklung des größten Eberswalder Unternehmens. Eberswalde verfügte über gute Verkehrsverbindungen per Wasser (Finowkanal) und Bahn (Berlin-Stettin). Später kamen der Großschifffahrtskanal und die Autobahn dazu. 1911 folgte die Verlagerung des Betriebes an die Heegermühler Straße. Hier begann die Produktion in drei Hallen: Kräne, Getriebe für LKW und Lokomotiven, Gießereiausrüstungen, Saug- und Entstaubungsanlagen. Bis 1945 erreichte die Firma etwa 100 Patente.

Mit Beginn des 1. Weltkrieges im August 1914 begann für die Firma Ardelt die Zusammenarbeit mit dem »Waffen- und Munitionsbeschaffungssamt«, insbesondere zur Herstellung von Granaten. Nach einer Zwangspause in den 20er Jahren begann schon bald nach der Machtergreifung der Faschisten wieder die Produktion von Waffen und Munition. 1934 begannen unter der Tarnbezeichnung »Sägewerk« auf dem Gelände des heutigen Binnenhafens die Bauarbeiten für ein neues Werk, die »Märkische Stahlformwerk GmbH« (MSW), eine speziell für die Herstellung von Artilleriegranaten gegründete Tochtergesellschaft am Hohenzollern-Kanal (heute Oder-Havel-Kanal). Im Zeitraum von 1938 bis 1939 wurde in Breslau-Masselwitz ein weiterer Firmenkomplex für Leichtmetallverarbeitung und Maschinenbau errichtet. Anfangs wurden 30,5-cm-Mörsergranaten hergestellt, später wurde für die Luftwaffenrüstungsindustrie produziert. Im Breslauer Zweigbetrieb wurden auch Ausrüstungsteile für die V-Waffen (V-1-Rakete A 4 u. V-2-Flugkörper Fi 103) hergestellt. Ardelt produzierte auch Munition in Rothau (Rotava, bis 1939 Tschechoslowakei) und Craiova (Rumänien).

Die Produktion umfaßte in Eberswalde die 3,7-cm, 5-cm und 7,5-cm Panzerabwehrkanone (500 St./Monat), Lafetten für Panzerabwehrkanonen (Pak) und Fliegerabwehrkanonen (Flak), Pontons für den Bau von Pionierbrücken, Torpedoausstoßrohre, Getriebe und Kettenglieder für Panzerfahrzeuge, Selbstfahrlafetten, Raupenfahrzeuge, Panzerkuppeln für die Küstenartillerie, Tellerminen, Seeminen, Leichtmetallteile für den Flugzeugbau. Außer dieser Produktionspalette wurden auch noch Granatenkörper hergestellt. Die durchschnittliche Monatsproduktion lag bei 80 000 Stück 8,8-cm- und 80 000 7,5-cm-Granaten, in geringer Stückzahl produzierte man auch 15-cm-Granaten und Gehäuse für Fliegerbomben. Ingenieure des Werkes waren ständig beim Abschluss der V-Waffen in Peenemünde dabei (GWI, Peter Zerbst / Holger Kliche, 2002, Ardelt's Kriegsproduktion, unveröffentlichtes Manuskript). Das Stammwerk Eberswalde erbrach-

te 1944 einen Jahresumsatz von 74,7 Millionen Reichsmark (RM), das Stahlformwerk 18,4 Millionen RM und das Werk in Breslau 4,27 Millionen RM.

Durch die Einberufungen für den Krieg verringerte sich die Stammebelegschaft. Das wurde durch den Einsatz zugeführter Arbeitskräfte ausgeglichen, zuerst Sudetendeutsche und schon ab Oktober 1939 »Fremdarbeiter« – Männer und Frauen aus Polen. Der Einsatz von Zwangsarbeitern steigerte sich schnell. 1940: 1200 polnische Männer und Frauen; Juni 1941: 1030 männliche Zwangsarbeiter und September 1943: 2775. Sie kamen aus Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Polen, der Sowjetunion und Tschechien. 1944 betrug der Anteil ca. 3000 Zwangsarbeiter bei 7000 Beschäftigten in beiden Werken in Eberswalde. Deren Unterbringung erfolgte in mehreren Lagern in unmittelbarer Umgebung der Firma. In Breslau wurden sowjetische Kriegsgefangene und zivile Zwangsarbeiter eingesetzt (Keine genauen Zahlen.). Von Rothau liegen keine Angaben vor.

Im Jahr 1943 genehmigte die »Rüstungskommission III des Reichsministers für Bewaffnung und Munition« den Bau eines weiteren Lagers am Bahnhof Eisenspalterei. Es sollte »in ortsfester Massivbauweise zur Unterbringung von 1.000 Arbeitskräften..., von dem der erste Teilabschnitt für 650 ausländische Arbeitskräfte und 200 deutsche Arbeiter sofort zur Ausführung kommt«, errichtet werden. Baubeginn war der 16. August 1943 (Stadt Eberswalde, Bauordnungsamt(BOA): Bauakte Kranbau Eberswalde, Ordner III, Bauanzeige vom 13.9.1943). Am 5. November 1943 informierte der Baubevollmächtigte den Regierungspräsidenten, daß das Projekt inzwischen um drei Baracken für 260 zusätzliche Arbeitskräfte erweitert worden war. Der Regierungspräsident erteilte am 15. November, seine baulpolizeiliche Zustimmung jedoch nur für die Baracken I und II. Denn die Baracke III wies einen zu geringen Abstand zur Baracke I (12 Meter) auf und stand außerdem zu nahe am Splittergraben. Bei den Baracken I und II handelt es sich um die zwei heute noch weitgehend im Originalzustand erhaltenen Gebäude am nordöstlichen Ende des Lagergeländes. Die Baracke III ist schon auf dem Luftbild vom 30. Mai 1944 nicht vorhanden.

Schließlich bestand das Lager aus acht »Unterkunftsbaracken«, zwei »Wasch- und Abortbaracken«, einer »Wirtschaftsbaracke« (unter anderem mit Küche, Speisesaal, Brauseraum), einer »Sanitätsstation« sowie einer »Wach- und

Lagerführerbaracke«. Auf dem Freigelände waren Deckungsgräben mit 1.000 »Sitzplätzen« vorhanden, die Schutz bei Kriegshandlungen bieten sollten. Ein Stacheldrahtzaun umgab das Lager. Mit der späteren Belegung von KZ-Häftlingen war es ein doppelter Stacheldrahtzaun, wovon der innere elektrisch geladen war.

Die ersten Bewohner des noch nicht fertig gestellten »Gemeinschaftslagers West« waren Anfang März 1944 etwa 100 bis 150 Arbeiter aus Belgien, diese wurden Anfang Mai ins Drehnitzlager umquartiert. Der erste Frauen-Transport aus dem KZ Ravensbrück erfolgte am 5.9.1944 (vergl. BOA: Bauakte Kranbau Eberswalde, Ordner III; BLHA: Pr. Rep. 2A, Regierung Potsdam, I Hb, Nr. 1679; Zeitzeugen).



Panzerabwehrkanonen (auf dem Foto eine Pak 38, Kaliber 50 mm) gehörten zur Produktion der Ardelt-Werke. 1942 wurden in Eberswalde pro Monat 600 Pak hergestellt.

Foto: <http://de.wikipedia.org/wiki/Panzerabwehrkanone>

Die Gestalt und die Nutzungsstruktur des Lagers am Bahnhof Eisenspalterei lassen sich aufgrund der Entwurfszeichnungen und der Luftbilder genau nachvollziehen: Entlang dem Adolf-Hitler-Damm (Eberswalder Straße) erstreckte sich ein unbebauter Geländestreifen mit Deckungsgräben. Dahinter war die lang gestreckte Wirtschaftsbaracke errichtet worden. Deren hoher Schornstein ist wegen seines Schattens auf den Luftbildern gut erkennbar. Daneben befand sich die kleine Wachbaracke in der Nähe des Lagereingangs, der über den neben der Bahnstrecke neu angelegten Weg zu erreichen war. Westlich der Wirtschaftsbaracke – und quer zu dieser – hatte ursprünglich die Sanitätsstation ihren Standort. Während der KZ-Zeit nutzte der SS-Kommandant dieses Gebäude, es war extra durch einen Zaun abgetrennt. Dagegen war das »Revier« (die Krankenstation) in einem Teil der Wirtschaftsbaracke untergebracht. Von der Straße aus gesehen, lagen die Unterkunftsbaracken hinter der Wirtschaftsbaracke sowie in zwei Reihen westlich der Bahnstrecke (Vergl. Luftaufnahmen vom 30.5.1944 mit Film-Nr. K 0074-44, Bild-Nr. 3034 und 15.4.1945 mit Film-Nr. K 178-45, Bild-Nr. 1819; Landesvermessungsamt Brandenburg, Landesluftarchiv, C. Seifert).

HOLGER KLICHE,
KURT BERUS UND EWA STENDEL
Fortsetzung folgt

In Erinnerung an einen Vergessenen

»Du glaubst doch nicht, daß ich verächtlich von des Volkes Stimme denke?« Mit den Regierenden in der Bundesrepublik hat er keine Ähnlichkeit, dieser Sultan Salah-ed-din (1138-1193), der seinen Gesprächspartner, den Juden Nathan, erstaunen läßt: »Was will der Sultan? Was? - Ich bin auf Geld gefaßt, und er will Wahrheit. Wahrheit!«

Und der Autor, der dies schrieb - er kann doch unmöglich gehnt haben, was sich heute im Land der unbegrenzten Möglichkeiten zuträgt? Da heißt es nämlich: »Wann hat und wo die fromme Raserei, den bessern Gott zu haben, diesen bessern der ganzen Welt als besten aufzudringen, in ihrer schwärzesten Gestalt sich mehr gezeigt, als hier, als jetzt? Wem hier, wem jetzt die Schuppen nicht vom Auge fallen...« Gegen die »fromme Raserei« setzte er eine deutliche Antwort: »Umsonst; der rechte Ring war nicht erweislich; - fast so unerweislich, als uns jetzt- der rechte Glaube.« Und: »Es eifre jeder seiner unbestochnen, von Vorurteilen freien Liebe nach!«

Im Namen des Landes, dem dieser Autor angehörte, wurden zweihundert Jahre später Millionen von Juden umgebracht. Und heute werden hier Muslime um ihres Glaubens willen

diskriminiert. Wird dieses Deutschland einmal Toleranz lernen? Als ich vor wenigen Tagen von einer linken Professorin hörte, sie fände es in Ordnung, Muslimas in Deutschland das Kopftuch zu verbieten, da habe ich einmal wieder die »Ringparabel« gelesen: »Und wenn sich dann der Steine Kräfte bei euern Kindes-Kindeskindern äußern: so lad' ich über tausend

*Wer wird nicht einen Klopstock loben?
Doch wird ihn jeder lesen? – Nein.
Wir wollen weniger erhoben
Und fleißiger gelesen sein.*

G. E. LESSING

tausend Jahre sie wiederum vor diesen Stuhl. Da wird ein weis'rer Mann auf diesem Stuhle sitzen, als ich und sprechen. Geht!« Nein, ich gehe nicht. So lange kann ich nicht warten - das geht über meine Geduld, zumal ein Weiser längst gesprochen hat.

Am 15. Februar vor 225 Jahren starb zu Braunschweig der weiland herzoglich Braunschweig-Wolfenbüttler Bibliothekar Gotthold Ephraim Lessing.

ROLF RICHTER

Statistik aus dem Standesamt:

351 Neu-Eberswalder im Jahr 2005

Eberswalde (prest-ew). 2005 wurden durch das Standesamt Eberswalde 233 Eheschließungen durchgeführt, davon drei im Tierpark Eberswalde. Zum Vergleich: 2004 gab es 203 Hochzeiten. Der Monat Mai war mit 41 Eheschließungen 2005. Es folgten die Monate August mit 32 und September mit 30 Eheschließungen. Im November hatten nur drei Paare den Mut, zu dieser Jahreszeit zu heiraten.

Im Eberswalder Standesamt heirateten nicht nur Eberswalder Paare. 58 Paare kamen aus anderen Orten Deutschlands und 24 Eberswalder haben einen Partner aus anderen Orten gewählt. 21 Eberswalder heirateten Partner mit einer anderen Staatsangehörigkeit.

Bei der Ehenamensführung blieb es bei der altbekannteren Form. 194 Paare wählten den Namen des Mannes zum Ehenamen. 21 Paare tragen gar keinen Ehenamen. 18 Paare haben

sich für den Namen der Frau entschieden. Insgesamt sind im Jahr 2005 in Eberswalde 633 Kinder geboren. Davon wohnen 351 in Eberswalde. 2004 waren es 544 Kinder, davon 280 Eberswalder Kinder.

In der Vornamensstatistik liegt bei den Mädchen der Name Leonie (10) an der Spitze. Es folgen Lena (9) und Sophie (9). Der Vorjahressieger Marie (4) liegt noch auf Platz 16. Bei den Jungen sind es Leon (15) und Paul (11), gefolgt von Lukas (9) und Elias (8). 2004 waren es bei den Jungen Max (13), Lucas (9) und Kevin (8).

2005 sind in Eberswalde 759 Sterbefälle beurkundet worden, darunter waren 437 Bürger aus Eberswalde. Die statistischen Angaben sind vorläufige Zahlen, da auch Eberswalder Kinder in anderen Orten geboren werden bzw. Eberswalder in anderen Orten versterben.

Sonderausstellung im Museum in der Adlerapotheke

Wilhelm Brüning zum 110. Geburtstag

Eberswalde (prest-ew). Gezeigt werden etwa 100 Werke sowie Exponate, die seine Arbeit und Persönlichkeit vorstellen. Der künstlerische Werdegang des Architekten Wilhelm Brüning, der von 1935 bis 1971 in Eberswalde lebte, soll hier deutlich werden. In dieser Zeit dokumentierte er u.a. mit seinen Bildern besonders das Baugeschehen in unserer Stadt. Viele andere liebenswerte Darstellungen und

literarische Äußerungen bringen dem Besucher den Menschen Wilhelm Brüning näher.

In der Kleinen Galerie der Stadt Eberswalde im Sparkassenforum ist noch bis Anfang März die Ausstellung »Michael Kruscha: Arabia felix – glückliches Arabien« zu sehen. Der Name beschreibt die malerische Gegend, die in ihrer Vielfalt die neuen Arbeiten von Michael Kruscha inspiriert hat.

P wie peinlich

Ich kenne ein paar Lehrer aus Eberswalde und Umgebung, aus deren einstigen Klassen Berühmtheiten und Preisträger hervorgegangen sind. Des Schauspielers Snorty Schulzes Deutschpaukerin zum Beispiel, die sich immer mal wieder herzlich darüber freut, wenn der nunmehrige Mime einen »Tatort«-Gauner oder einen Vorstadt-Bel-Ami gibt. Ich weiß, wer den inzwischen europaweit gefragten Maler H.W. in seiner Klasse hatte und wer jenen Dirigenten, um den sich Met und Scala reißen. Und natürlich weiß ich, wer den Zoodirektor unserer Stadt, wer den vielfach ausgezeichneten Lyriker W.B., wer diese Sängerin und jenen Karnevalsprinzen in Deutsch, Sport oder Erdkunde unterrichtete.

Man erwähnt das, wenn man sich beim Veteranentreff der Lehrer über diesen oder jenen gewordenen Schüler austauscht oder zufällig auf der Straße trifft. »Haste schon gehört...« Das ist normal und verschafft den Alt-Lehrern auch das gute Gefühl, nicht vergebens gewirkt zu haben.

Ganz anders ein Mathematiklehrer aus Templin, der in den 60er Jahren für ein paar Monate unter vielen anderen Schölerinnen und Schölerern auch Angela Kasner unter seinen Fittichen hatte und bis vor einiger Zeit in Ruhe, aber offenbar unbefriedigt, als Rentner vor sich hin mummelte. Ihm muß bewußt gewesen sein, daß er eines Tages von dieser Welt gehen würde, ohne daß ihm mächtig gewaltiger Nachruhm beschieden sein würde. Aber da, plötzlich und unerwartet, streifte ihn ein Wollfädlein vom Mantel der Geschichte, denn die Fleißbiene Angela, ihm längst aus den Augen geraten, wurde Gruppenratsvorsitzende für die ganze deutsche Republik.

Da erinnerte sich der Lehrer, daß er es war, der Angela mit dem Pythagoras zusammengebracht hatte, und er begann sich zu nutzen, indem er ihr diente. Schrieb an die Medien, daß er dringend Interviews geben müsse, biederete sich sogar – erfolgreich – bei »zibb« im RBB an, dem bundesweit geistlosesten Abendmagazin, drängte sich - völlig von allen guten Geistern verlassen - BILD auf und stieg sogar in den Wahlkampf für Angela M. ein, was ihr in der Templiner Region ein paar Prozente gekostet haben dürfte. So gesehen, war dies natürlich lobenswert, wenn auch nicht gewollt. Zur Ausgipfelung kam es, als er nach der Thronbesteigung dem Frauenzimmerchen im Foyer des Kanzleramtes auflauerte und mit einem Blumengebilde im Arm seiner Holden entgegensprang.

Die Blumen wurden dankend quittiert, dann schwenkte die Kamera auf die Mundwinkel der Kanzlerin (Großaufnahme), und die zuckten leicht angewidert. Oder mitleidig. Oder erheitert. Je nachdem wie einem so ist, wenn man einem zum Trotteln mutierten Lehrer nicht mehr helfen kann.

Mitgliederversammlung der Linkspartei.PDS Eberswalde:

Parteireform im Stadtverband

Eberswalde (bbp). Am 17. Februar lädt der Stadtverband der Linkspartei.PDS Eberswalde die Parteimitglieder zu einer Mitgliederversammlung ins Waldsolarheim in der Brunnenstraße 25 ein. Der Stadtvorsitzende Jens-Olaf Melzow wird den Rechenschaftsbericht des Vorstandes vortragen, bevor die Genossinnen und Genossen zur Neuwahl des Vorstandes und des Vorsitzenden schreiben.

Diskutiert und beschlossen werden soll zudem ein Leitantrag zur Parteireform im Stadtverband. Der Stadtverband soll künftig in enger Zusammenarbeit mit den Fraktionen und den Abgeordneten aller Ebenen, »noch klarer als bisher, Aussagen zu Zielen und Inhalten linker Politik in Eberswalde treffen«. Innerhalb der Partei und gemeinsam mit den Bürgern soll zum Thema »Was will die Linke in Eberswalde?« eine breitere Aussprache geführt werden. Künftig sollen alle 3 bis 4 Monate »gut vorbereitete themenorientierte Gesamtmitgliederversammlungen« stattfinden, mit denen auch politisch interessierte Nichtmitglieder angesprochen werden sollen. Neben einer AG Öffentlichkeitsarbeit, die bis Ende Juni ins Leben gerufen werden soll, wird die Bildung weiterer themenorientierter Arbeitsgruppen vorgeschlagen.

Gegenwärtig hat die Partei in Eberswalde 167 Mitglieder. Das sind 37 oder 18 Prozent weniger als vor fünf Jahren. 4 Mitglieder (3 %

sind unter 25 Jahre und 100 (60 %) über 65 Jahre. Der Altersdurchschnitt liegt bei 64.

Positiv wird vermerkt, daß 2005 neun neue Mitglieder der PDS beigetreten sind. Künftig sollen jährlich 15 neue Parteimitglieder gewonnen werden, insbesondere solche, die im Arbeitsleben stehen oder Jugendliche sind. Die elf bestehenden Basisgruppen sind zum Teil bedingt durch Krankheit und Alter nicht mehr voll arbeitsfähig. Nach den im Leitantrag dargelegten Vorstellungen wird die Linkspartei in Eberswalde künftig in sechs Basisorganisationen strukturiert sein, »die in ihrem Wohnumfeld effektive programmatisch politische Arbeit leisten können«.

Ein Meinungsaustausch zur aktuellen Situation in Eberswalde im Zusammenhang mit der Suspendierung des Bürgermeisters ist laut Tagesordnung nicht vorgesehen. Die Mitgliederversammlung findet im Eberswalder Waldsolarheim in der Brunnenstraße 25 statt und beginnt am 17. Februar um 16 Uhr.



Denkmaldorf Börnicke

Die Fraktion der PDS in der Stadtverordnetenversammlung Bernau traf sich am 1. Februar im ehemaligen Kindergarten von Börnicke zu einer öffentlichen Fraktionssitzung zum Thema Denkmalschutzsatzung für Börnicke. In dem Angerdorf sind die Strukturen eines Gutsdorfes seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis in unsere Zeit erhalten. Zu nennen sind das herrschaftliche Wohnhaus aus dem Jahre 1850, das im Jahre 1908 erbaute Schloß, der Gutshof mit Brennerei, der fast vollständige Bestand der Gutsarbeiterhäuser, repräsentative gründerzeitliche Bauernstellen, die natürliche Situation von Dorfgrün und Schloßpark mit dem mittelalterlichen Dorfanleger – das alles soll laut Denkmalschutzsatzung erhalten werden. Diskutiert wurde, wie diese Satzung die Bürger von Börnicke tangiert und was Denkmalexperthen zur Satzung meinen.

OTTO SCHWABE

Mitgliederversammlung

Die Jahresmitgliederversammlung des Barnimer Bürgerpost e.V. findet am 13. März, 17.30 Uhr, im Bürohaus »Ulrich-Speicher« in der Friedrich-Ebert-Straße 12 statt. Freunde und Mitglieder des Vereins sind herzlich eingeladen. Neben dem Jahresabschluß 2005 und Finanz- und Arbeitsplan 2006 gibt es Informationen zum Status der Gemeinnützigkeit des Vereins. Damit im Zusammenhang stehen Vorschläge für eine Satzungsänderung und die Diskussion zur weiteren Entwicklung der »Barnimer Bürgerpost«. Auf der Tagesordnung stehen zudem die Wahl des Vorstandes und der Kassenprüfer.

Dr. Manfred Pfaff, Vereinsvorsitzender

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über den Postweg wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte den Energiebrief »BARUM 111« als kostenlose Beilage zum Abo erhalten.
- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 75 111 125 96

e-mail: bbp@telta.de

bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoogroups.de (für Abonnenten)

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: A. Markmann (1), G. Markmann (5), Triller (1)

druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 21 26 00

redaktions-schluss: 28. Januar 2006

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck bei Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluss der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 25.2.2006, 12 Uhr.